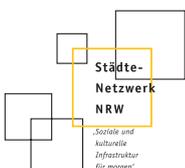




Beratung und Hilfen in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit Praxiserfahrung zur Diskussion gestellt



Herausgeber

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation
Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf
Telefon 0211 861850
info@mgffi.nrw.de
www.mgffi.nrw.de

Ansprechpartner

Referat Seniorenpolitik
Peter Fettweis
peter.fettweis@mgffi.nrw.de

Redaktion

Städte-Netzwerk NRW e.V., Unna
Catrin Boss, Inez Katzer
www.netzwerk.nrw.de

Gestaltung

www.verb.de

Fotos

Karin Hessmann, Centrum – Studio für Fotografie,
Dortmund
sowie von den Projektträgern zur Verfügung
gestelltes Bildmaterial

Druck

Druckhaus Duisburg OMD GmbH

© 2008/MGFFI 1059

Die Druckfassung kann bestellt werden:

- im Internet unter www.mgffi.nrw.de/publikationen
- telefonisch: 01803-100110 (C@II-NRW, 9 Cent/Min*)
*aus dem Festnetz der Deutschen Telekom

Bitte die Veröffentlichungsnummer 1059 angeben.

Beratung und Hilfen in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit
Praxiserfahrung zur Diskussion gestellt

Ergebnisse der Fachtagung
vom 15. Januar 2008 in Dortmund



Inhalt

- 3 Einleitung
- 4 Seniorenberatung in Nordrhein-Westfalen –
Neue Leitbilder und Konzepte
Dr. Marion Gierden-Jülich,
Staatssekretärin im Ministerium für
Generationen, Familie, Frauen und
Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
- 6 Gemeinsam den demografischen
Wandel gestalten
Wolfgang Altenbernd,
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der
Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege
Nordrhein-Westfalen
- Beratungsfelder und Praxisbeispiele**
- 9 Quartiersnahe Konzepte und neue
Kooperationsformen
- 19 Seniorenbüros
- 27 Anforderungen an Seniorenberatung
im ländlichen Raum
- 35 Informationsmanagement und Neue Medien
- 41 Beratung in der Pflege
- 46 Weitere Praxisbeispiele
- 48 Anforderungen und Rahmenbedingungen –
Ergebnisse der Abschlussdiskussion
- 50 Zusammenfassung und Ausblick



Beratung und Hilfen in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit

Einleitung

Von Catrin Boss, Städte-Netzwerk NRW e.V.

Die kommunale Seniorenarbeit verändert sich gegenwärtig rasant. Mit der demografischen Entwicklung rücken neue Ansätze einer gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit in den Blickpunkt kommunaler Modernisierungskonzepte. Bei der Suche nach effektiven Beratungsformen und -strukturen steht oftmals die Pflegeberatung im Fokus. Unberücksichtigt bleibt vielerorts die Gruppe der „Jungen Alten“. Sie wollen sich engagieren und suchen nach attraktiven Möglichkeiten der Mitgestaltung. Auch suchen sie bei einem entsprechenden Hilfebedarf für sich oder Angehörige nötige Unterstützung. Oftmals fehlen Transparenz und Zusammenarbeit bei den in der Seniorenarbeit tätigen Akteuren in Kommune und Stadtteil.

Die Handlungsansätze sind in den meisten Kommunen sehr unterschiedlich. Naheliegend war daher ein Austausch über Bedarfe und praxiserprobte Konzepte. Mit der Tagung „Beratung und Hilfen in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit“, die das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen in Kooperation mit dem Städte-Netzwerk NRW und der Freien Wohlfahrtspflege am 15. Januar 2008 durchführte, sollte der Anstoß für einen verbesserten Erfahrungsaustausch und die Entwicklung angemessener Beratungsstrukturen für Ältere gegeben werden. Mehr als 350 Fachleute aus Kommunen, der Freien Wohlfahrtspflege, der Landesseniorenvertretung und der Wohnungswirtschaft folgten der Einladung in das Kongresszentrum Westfalenhallen in Dortmund.

Beispielhafte Beratungsansätze aus den Bereichen wohnortnahe Vernetzung von Informationen, individuelle Beratung, Vermittlung und Koordination erforderlicher Hilfen, Verbesserung der quartiersnahen Zusammenarbeit und bürgerschaftliches Engagement wurden zur Diskussion gestellt. Auf dem Projektmarkt, der die Tagung begleitete, präsentierten über 20 Kommunen, Verbände, Vereine und Initiativen ihre Angebote an Unterstützungsleistungen für eine selbstständige Lebensführung im Alter.

Die vorliegende Publikation vermittelt einen Einblick in die Beiträge und Diskussionen der Tagung. Sie ist jedoch keine Tagungsdokumentation im herkömmlichen Sinne. Im Mittelpunkt stehen zahlreiche Beispiele aus der Praxis und somit ein Spektrum an erprobten Handlungsansätzen, das den Kommunen eine notwendige Orientierungshilfe bei der Gestaltung ihrer zukünftigen gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit ermöglicht. Ergänzt um thematische Beiträge und kommentierte Ergebnisberichte der Arbeitsforen – verfasst von fachkundigen Autorinnen und Autoren – leistet die Publikation einen Beitrag zur Fortführung des Erfahrungsaustausches und zur (Weiter-)Entwicklung angemessener Beratungs- und Hilfestrukturen für ältere Menschen in Nordrhein-Westfalen.



Seniorenberatung in Nordrhein-Westfalen Neue Leitbilder und Konzepte

Von Dr. Marion Gierden-Jülich, Staatssekretärin im
Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und
Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Alter liegt unsere Zukunft. Diese Erkenntnis mag überraschen, doch im Lichte einer stetig älter werdenden Gesellschaft zeigt sich, dass es sich um eine realistische Betrachtung der Wirklichkeit handelt. Nicht zuletzt deshalb ist die Seniorenpolitik ein wichtiger und selbstständiger Bestandteil einer zukunftsorientierten Generationenpolitik. Eine Generationenpolitik, wie sie vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration vertreten wird.

Unterschiedliche Lebenslagen

So unterschiedlich die Lebensumstände und Lebenslagen älterer Menschen sind, so unterschiedlich ist auch der Bedarf an Angeboten und Hilfestellungen für eine selbstständige Lebensführung im Alter. Immer mehr Kommunen in Nordrhein-Westfalen erkennen dies und entwickeln vielfältige Angebote für ältere Menschen. Immer stärker rückt dabei die wachsende Gruppe der Älteren, die aktiv, gesund und selbstständig leben, in den Blickpunkt. Sie wollen sich engagieren, ihre Freizeit sinnvoll gestalten und neue Kontakte knüpfen. Sie setzen sich für andere ein und sehen eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung darin, ihr Wissen und ihre Erfahrungen an jüngere Menschen weiterzugeben. Immer mehr ältere Menschen erleben dies als Bereicherung und Impuls, der dem eigenen Leben einen tieferen Sinn und frischen Schwung verleiht. Der größere finanzielle Spielraum dieser Generation macht sie zugleich zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor.

Krankheit oder der Verlust finanzieller Unabhängigkeit sind aber ebenso Teil des Älterwerdens. Dies sind Herausforderungen, denen sich ältere Menschen oft ganz unverhofft stellen müssen. In solchen Fällen ist es gut, wenn es Menschen gibt, die helfen können, aus der eigenen Familie oder dem sozialen Umfeld. Dabei ist aber auch professionelle Unterstützung von Helfern außerhalb der Familie gefragt – einmalig, für einen bestimmten Zeitraum oder auch dauerhaft. Das gilt in besonderer Weise für hochbetagte Menschen.

Neue Leitbilder

Neue Herausforderungen erfordern neue Leitbilder.

„Alt“ ist nicht gleich „alt“. Notwendig ist vor allem eine differenzierte Sicht auf das Alter. Dies gelingt uns durch eine stärkere Einbeziehung der älteren Menschen in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse, eine Aktivierung des Gestaltungswillens der älteren Menschen, eine stärkere Berücksichtigung der Veränderungen in den Familien älterer Menschen, eine verbesserte Zusammenarbeit mit den Kommunen, Aufklärung über die verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten und Formen der Unterstützung, die stärkere Vernetzung vorhandener Angebote im Rahmen der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit.

Weiterentwicklung der örtlichen Seniorenarbeit

Die örtliche Seniorenarbeit sollte diesen neuen Leitbildern folgen – durch neue Ansätze, die an die Stelle klassischer „Altenhilfe“ oder des durch leistungsrechtliche Vorgaben geprägten „Falldenkens“ treten. Es kommt immer stärker auf persönliche Ansprache, die Kompetenz der Beratungspersonen sowie die Vernetzung zu einem System der Seniorenarbeit an.

Ein wichtiges Ziel unserer Seniorenpolitik ist es, die Erreichbarkeit der Angebote für ältere Menschen zu verbessern. Dazu gehören beispielsweise die Schaffung von Transparenz in der Angebotsstruktur sowie verständlichen Informations- und Beratungssystemen. Gleichzeitig muss die Beratung älterer Menschen stärker auf die Bedürfnisse der älteren Menschen zugeschnitten werden. Das betrifft vor allem den Bereich der „weichen“ Hilfen – haushaltsnahe Dienstleistungen oder kommunikative Unterstützungsangebote.

Kurzum: Erst die quartiersnahe Ausrichtung der Seniorenarbeit ermöglicht eine stärkere Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Älteren. Den Kommunen kommt die Aufgabe zu, die Interessen zu bündeln, ressortübergreifend abzustimmen und in ihre Planungen aufzunehmen.

Der demografische Wandel – immer mehr ältere Menschen, immer weniger Kinder – verändert das Gesicht unserer Städte und Gemeinden. Dies betrifft fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens – die Verkehrsinfrastruktur, das Bildungswesen oder den Wohnungsmarkt. Die Stadtentwicklungsplanung, die Senioren- und Jugendarbeit sowie die Gesundheits- und Pflegeplanung müssen künftig viel stärker zusammenwirken, um vor Ort zu qualifizierten Beratungsangeboten zu kommen. Die geplanten Pflegestützpunkte könnten dabei eine wichtige Rolle spielen.

Die Tagung am 15. Januar 2008 in Dortmund hat wichtige Akzente für die dringend notwendige Weiterentwicklung der örtlichen Seniorenberatung gesetzt. Die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten – Seniorenvertretungen, kommunalen Spitzenverbänden, dem Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege sowie privaten Anbietern – ist wichtig und sollte ausgebaut werden.



Gemeinsam den demografischen Wandel gestalten

Von Wolfgang Altenbernd, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW

Die Mehrzahl älterer Menschen wünscht, möglichst lange ein selbstständiges Leben zu Hause zu führen, auch wenn Hilfe- und Pflegebedürftigkeit eintreten. Dies bedeutet, gesellschaftlich integriert zu sein, Stadtteil- und Gemeindebezüge wie Post, Bäckerladen, Metzgerei, Ärzte, Friedhof, Treffpunkte und öffentliche Verkehrsmittel zu haben und ebenso eine finanzielle Absicherung. Die regional sehr unterschiedlichen und vielfältigen Angebote im kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Bereich sind insbesondere für ältere Menschen oft unübersichtlich und führen damit zur Verunsicherung. Zusätzlich besteht häufig Unkenntnis, über die örtlichen Angebote für ältere Menschen. Kontakt- und Beratungsstellen schließen hier eine Lücke.

Die Rolle der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen ist es hier, gemeinsam mit den Partnern aus Politik und Verwaltung, verlässliche Hilfestrukturen zu schaffen, die einen solchen Verbleib möglich machen. Ältere Menschen und deren pflegende Angehörige brauchen Orientierung im „Dschungel“ der Gesetzgebung, des Leistungsrechts und der Angebote. Hier können die Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege Orientierung geben und sich als „Leuchttürme und Leuchtpfade“ im System der Altenarbeit und -hilfe erweisen. Bestehende Infrastrukturen, angefangen bei niedrighschwelligem Kontakt- und Beratungsmöglichkeiten bis hin zu Angeboten der ambulanten, teilstationären und stationären Versorgungsformen müssten in ihrer Öffentlichkeitsarbeit möglichst transparent gestaltet werden, um vom hilfeschuchenden Menschen auch gefunden zu werden.

Hier bietet sich eine gemeinwesen- und gemeindenahe Versorgungsstruktur an. Dabei ist es wichtig, dass Beratung und Begleitung nicht erst im Falle von Pflegebedürftigkeit einsetzen, sondern sich weitaus früher etablieren müssen. Begegnungsstätten, Selbsthilfeinitiativen, soziale Netzwerke für Senioren und Treffpunkte in den Quartieren stellen hierbei gute Brückenpfeiler auf dem Weg eines lebensqualitätsgesicherten Älterwerdens dar.

In den Einrichtungen und Diensten werden wirkungsvolle Casemanagementstrukturen etabliert, die nicht nur Einzelfall bezogen aktiv werden, sondern auch Beratungsanfragen bündeln und neue Angebote z.B. im Bereich von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement entwickeln. Ein Netz wirklich gelebter Versorgungssicherheit kann jedoch nur entstehen, wenn die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen, Gemeinden der Freien Wohlfahrtspflege, den Initiativen im bürgerschaftlichen Engagement und dem Land Nordrhein-Westfalen gelingt.

Mit der Fachtagung „Beratung und Hilfen in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit“ wurde ein wichtiges Signal in diese Gesellschaft gegeben – gemeinsam gestalten wir den demografischen Wandel und dessen Herausforderungen. Von großem Interesse auf dieser Tagung war auch, dass wir viel differenzierter die verschiedenen Zielgruppen älter werdender Menschen in unserer Gesellschaft in den Fokus nehmen müssen, da sie auch sehr unterschiedliche Hilfe- und Beratungsbedarfe haben. So stellt sich zum Beispiel die Situation von allein lebenden, an Demenz erkrankten älteren Menschen in Großstädten ganz anders dar als die älteren Menschen in ländlichen Gebieten.

Für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte müssen die Türen im Hilfe- und Beratungssystem der deutschen Altenhilfe geöffnet werden und es müssen auch neue Begleitungs- und Beratungsformen für die stärker wachsende Anzahl hochbetagter Menschen in unserer Gesellschaft entwickelt werden. In der aktuellen Diskussion um die Pflegestützpunkte sprechen wir uns eindeutig für die Nutzung und den Ausbau bestehender Infrastrukturen in den Verbänden und Kommunen aus, damit Beratung und Begleitung aus einer Hand entwickelt werden!

Der wachsenden Gruppe aktiver älterer Menschen muss in der Angebotsstruktur und in den Mitgestaltungsebenen ein breiterer Raum eingeräumt werden. Wenn wir überforderte Nachbarschaften mit der Pflege und Begleitung von hochbetagten Menschen nicht alleine lassen wollen, brauchen wir eine neue Solidarität zwischen den Generationen. Hiermit ist nicht nur die Generation der Enkel und Großeltern angesprochen. Das Erfahrungswissen Älterer kann in neue Angebotsstrukturen einfließen und auch hier ist die Nutzung neuer Medien ein hilfreiches Instrument zur Unterstützung älterer Menschen und ihrer Lebenssituationen. Bei gleichzeitigem Anstieg der älteren Bevölkerung in unserer Gesellschaft findet jedoch ein Schrumpfen in Städten und Gemeinden statt. Hier sind neue Quartierskonzepte, die Sicherheit und Orientierung geben, gefordert. Eine Zusammenarbeit mit allen Handelnden in Kommunen, Verwaltungen und Freier Wohlfahrtspflege ist hier angezeigt. Auch der wachsenden Anzahl chronisch, psychisch und körperlich erkrankter älterer Menschen muss Rechnung getragen werden, ihnen gilt unsere ganz besondere Aufmerksamkeit in der Zukunft. Gemeinsam mit den Kommunen arbeitet die Freie Wohlfahrtspflege u.a. an verlässlichen Unterstützungsstrukturen für demenzerkrankte ältere Menschen und deren pflegende Angehörige. Ihre Angebote gilt es auszuweiten.

Mit der Tagung wurde ein guter Startschuss in der gemeinsamen Sorge um die Lebensqualität älter werdender Menschen in dieser Gesellschaft gesetzt.





Quartiersnahe Konzepte und neue Kooperationsformen

Forum 1

Das Interesse an dem Thema „Quartiersnahe Konzepte und neue Kooperationsformen“ war groß. Nahezu die Hälfte der Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer insgesamt hatte sich hierfür angemeldet, so dass ein zweites Forum zum Thema angeboten wurde. In beiden Diskussionsrunden ging es um Vorteile, Ziele, Beteiligte, Aufbau und Besonderheiten von quartiersnahen Konzepten und die Rolle der Beratung in den jeweils vorgestellten Praxisbeispielen. Was war besonders förderlich bei der Konzeptgestaltung, wo gab es möglicherweise Hindernisse? Welche Zielgruppen sollten erreicht werden und welche werden letztlich erreicht? Welche Finanzierungsformen sind sinnvoll und möglich, welche besonderen Kooperationsbeziehungen haben sich entwickelt? Und was sind schließlich die Anforderungen, um quartiersnahe Konzepte sinnvoll weiter zu entwickeln?

Die Impulse aus der Praxis waren vielfältig. Während in Forum 1A Monika Isensee und Stefan Ernst mit dem Konzept der Begegnungs- und Beratungszentren Duisburg sowie Claudia Borgers vom Verein „Leben im Alter“ Bocholt mit ihren Erfahrungen in die Diskussion einstimmten, berichteten in Forum 1B Christa Stelling über das Konzept Wohnquartier⁴, Erika Rodekirchen von den Erfahrungen des Vereins „Neues Leben im Alter“ sowie Christine Jansky von der Arbeit des Buchholzer Fensters, Duisburg.

Moderiert wurde Forum 1A von Hilke Buchholz, AWO Bezirksverband Niederrhein. Die Diskussion in Forum 1B leitete Dr. Vera Gerling, GER-ON Consult & Research, Dortmund.



Praxisbeispiel:

Begegnungs- und Beratungszentren (BBZ) in Duisburg

Im Jahr 2003 wurde vom Rat der Stadt Duisburg eine zeitgemäße inhaltlich und förder technisch neue Konzeption der Begegnungsstätten-Arbeit in Duisburg ohne Beschneidung des aktuell zur Verfügung stehenden Finanzrahmens (rund 1,4 Mio. Euro) beschlossen.

Leitlinien

- ambulant vor stationär
- verbesserte Beratungssituation vor Ort und damit verbunden besserer Zugang zu den notwendigen Unterstützungen und Hilfen

Ziel

- Längstmöglicher selbstbestimmter Verbleib in der eigenen Wohnung

Vorteile des Konzepts

- Erhalt der gewachsenen Altenhilfe- und sozialen Strukturen dieser Einrichtungen im Gemeinwesen
- Ergänzung der bisherigen Angebote durch Qualitätsverbesserungen im Beratungsnetz für Duisburger Bürgerinnen und Bürger durch die ortsnahen 15 Begegnungs- und Beratungszentren im Stadtgebiet bei gleichbleibendem Fördervolumen
- Zielgruppe 50plus mit entsprechenden Angeboten
- Planungssicherheit für die Träger durch Leistungsverträge
- Qualitätssicherung der Arbeit durch Controlling
- Begleitung der ehrenamtlich geführten Seniorentreffs durch die Vernetzung mit den BBZ

Die wichtigsten Neuerungen des gemeinsamen Konzepts der Verbände und der Verwaltung ab 2004

- 16 professionell geführte BBZ und 25 ehrenamtlich geführte Seniorentreffs (ST)
- Beratungsangebote (mind. 2 Stunden wöchentlich)
- Finanzausstattung:
 - BBZ jährlich 41.000 Euro
 - ST jährlich 29.000 Euro
- Leistungsverträge/Controlling

Weiterentwicklung des Konzepts ab 2008

- Weitere Vernetzung durch sieben Seniorenbezirkskonferenzen und Weiterbildung „Aufwind“ für alle hauptamtlichen Leitungskräfte
- Praxiserprobtes Dokumentationssystem für Beratung und Controlling
- Dadurch insgesamt mehr Transparenz untereinander

Kontakt

Stadt Duisburg / Amt für Soziales und Wohnen / Herr Stefan Ernst
Schwanenstr. 5-7 / 47049 Duisburg
Fon 0203 283-2774 / Fax 0203 283-2374
s.ernst@stadt-duisburg.de / www.duisburg.de

Von der Altenbegegnungsstätte zum Begegnungs- und Beratungszentrum: Das Wohn- und Service-Zentrum in Duisburg-Neuenkamp

Im Jahr 1997 wurde das Wohn- und Service-Zentrum in Duisburg-Neuenkamp mit einer ganzheitlichen Konzeption für die Offene Altenhilfe unter der Trägerschaft der „Paritätischen Sozialdienste gGmbH“, einer Tochter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Duisburg, eröffnet. Das Wohn- und Service-Zentrum bietet 39 Wohnungen, ein Begegnungs- und Beratungszentrum für Senioren (BBZ), eine Tagespflegeeinrichtung sowie das Projekt „FORUM Demenz“. Seit 2004 arbeitet die Begegnungsstätte des Trägers nach den im Leistungsvertrag mit der Stadt Duisburg vereinbarten Vorgaben.

Information und Beratung

Zentraler Bestandteil der Arbeit des BBZ ist die trägerunabhängige Beratung von Seniorinnen und Senioren sowie deren Angehörigen mit dem Ziel, älteren Menschen Unterstützung beim Verbleib in ihrer häuslichen Umgebung bzw. im Stadtteil zu bieten. Das Beratungsangebot umfasst ein allgemeines Informationsangebot mit relevanten Informationen für Seniorinnen und Senioren auch über die Arbeit und die Angebote der anderen BBZ im Stadtgebiet. Hinzu kommt Beratung zur Alltagsbewältigung, mit der Möglichkeit einer Weitervermittlung an spezifischere Hilfs- und Beratungsangebote.



Ältere und pflegebedürftige Menschen, deren Angehörige und Betreuungspersonen erhalten Informationen zu ambulanten, teilstationären, vollstationären und komplementären Hilfen und erfahren Unterstützung bei der Heimplatzsuche, Hilfe bei der Antragsstellung, Vermittlung zu Hilfsangeboten sozialer Dienstleistungen anderer Träger in Duisburg und Beratung zu individuellen Fragen und Problemen.

Vernetzung / Kooperation

Die trägerexterne Vernetzung und Kooperation zielt darauf ab, den Stadtteilbezug und generationenübergreifende Ansätze zu stärken (z.B. Kirchengemeinde, Bürgerverein), Veranstaltungspartner zu finden (z.B. Stadttheater, Stadtbücherei, Sanitätshäuser), Fachwissen in die Einrichtung zu holen (z.B. Dozenten von Krankenhäusern oder -kassen, Reiseunternehmen, Sprachschulen) und die individuelle Unterstützung und Beratung der alten Menschen umfassend zu gewähren (z.B. Wohnberatungsstelle, Sozialstationen, Pflegeeinrichtungen). Zentraler Kooperationspartner zur generellen Steuerung der BBZ-Arbeit ist das Amt für Soziales und Wohnen der Stadt Duisburg, Sachgebiet Alten- und Behindertenhilfe.

Perspektiven

- Erweiterung des Angebots um die Pflegeberatung
- Ausbau von Angeboten zur Unterstützung demenziell Erkrankter und deren Angehöriger
- Verfestigung generationenübergreifender Strukturen
- Intensivierung der Vernetzungsarbeit im Stadtteil

Kontakt

Paritätisches Begegnungs- und Beratungszentrum / Frau Monika Isensee
 Mevisenstr. 16 / 47059 Duisburg
 Fon 0203 31814-50 / isensee@paritaet-nrw.org

Praxisbeispiel:

Leben im Alter, Bocholt

Hilfe- und Unterstützungsleistungen für Menschen ab 65

Zielsetzung des Vereins

- Älteren Menschen die Hilfe- und Unterstützungsleistungen zukommen zu lassen, die sie benötigen, um so lange wie möglich in ihrem häuslichen Umfeld verbleiben zu können
- Aufbau und Koordination von Netzwerken, welche dauerhafte und finanziell tragfähige Angebote schaffen

Auszug aus dem Angebot

- Mobile Beratung und Vermittlung von Hilfe- und Unterstützungsleistungen
- „Wohnen mit Service“ und „Gemeinschaftliches Wohnen“
- Mobile Wohnberatung und Ausstellung
- Haushaltsagentur
- Aufbau und Betrieb eines „Ehrenamtlerpools“

Vorgehen und Ergebnisse

- Regelmäßige Treffen der Arbeitsgruppen: konkrete Projekte werden entwickelt und deren Umsetzung konkretisiert
- Die Senioren transportieren die gesammelten Ideen in ihre Gruppen, identifizieren sich mehr und mehr mit „Senioren planen für Senioren“, treten auch außerhalb der Gruppentreffen miteinander in Kontakt

Was hat sich bewährt?

- Persönliche Kontaktpflege
- Gewinnung von Multiplikatoren
- Gemeinsame Erarbeitung von Ideen und Zielen
- Gemeinsame Umsetzung und Gestaltung
- Vernetzung und starke Kooperationspartner

In Planung

- Internetplattform als weiteres Mittel der Kommunikation
- Vernetzung der Senioren aus den Workshops mit dem Bocholter Senioreninternetcafé

Kontakt

Leben im Alter e.V. / Frau Claudia Borgers / Werkstraße 19 /
 46395 Bocholt / Fon 02871 2176512 / cborgers@l-i-a.de / www.l-i-a.de



Fazit: Netzwerke knüpfen

Beratung verhindert in vielen Fällen die Heimunterbringung. Dabei kann die Gestaltung kleiner sozialer Netzwerke für einzelne Seniorinnen und Senioren und die Einbeziehung verschiedener Kooperationspartner (ehrenamtliche Besuchsdienste, Geschäftsleute, Ärzte etc.) koordiniert werden.

Die Offene Altenhilfe ist nach wie vor eine freiwillige Leistung, daher gestaltet sich die Finanzierung sehr unterschiedlich. Sie reicht von einer Pauschalbezuschussung bis zu wirkungsorientierter Verteilung der Mittel. In den meisten Kommunen steht die Finanzierung der Offenen Altenhilfe auf dem Prüfstand – zum einen inhaltlich auf Weiterentwicklung und Überprüfbarkeit des Erfolges hin – zum anderen als Mittel der Vorsorge und Reaktion auf die demografische Entwicklung.

Aus der Praxis

Stefan Ernst berichtete in Forum 1A von der neuen konzeptionellen und strukturellen Ausrichtung der offenen Altenhilfe in Duisburg. Durch die Verbindung von freiwilligen- und Pflichtleistungen der Stadt werden hier 16 Begegnungs- und Beratungszentren (BBZ) der freien Wohlfahrtspflege gefördert. Die Kommune überträgt die per Landespflegegesetz trägerneutrale Pflegeberatung auf die Begegnungsstätten. In den meisten Kommunen werden trägerneutrale Pflegeberatungsstellen als städtische Einrichtungen vorgehalten. Eine weitere Aufgabe der hauptamtlichen Mitarbeiter der BBZ ist die Unterstützung der 25 ehrenamtlich getragenen Seniorentreffs.

Aus dem Forum wurde die Frage nach der flächendeckenden Versorgung mit Begegnungsstätten im Stadtgebiet gestellt. Hier orientiert sich die Stadt Duisburg eher nach den Bedarfen in den verschiedenen Stadtteilen, so dass bereits Standorte von Einrichtungen verlagert wurden.

Eine weitere Frage wurde nach der Art der Vereinbarungen zwischen Kommune und Wohlfahrtsverbänden gestellt. In Duisburg werden trotz Haushaltssicherungskonzept leistungsbezogene Verträge mit den einzelnen Trägern vereinbart.

Die Schwierigkeiten der Realisation dieser Pläne wurde auf Anfrage von Herrn Ernst bestätigt. Gemeinsam mit den Trägern konnte die Verwaltung die Kommunalpolitiker von Sinn und Wirkung des Vorhabens überzeugen. Ein Argument waren hierbei 88 verhinderte Heimunterbringungen in einem Jahr und damit ca. 630.000 Euro eingesparter Sozialhilfe.

Monika Isensee (DPWV) stellte das BBZ Duisburg-Neuenkamp vor. Sie verwies auf das positive und ergänzende Zusammenwirken von Bildungs- und Kommunikationsprogramm und Beratungsarbeit. Gleichzeitig erläuterte sie die Vernetzung im Quartier und auf Stadtebene. Die Vernetzung erfolgt derzeit eher auf informellen Wegen im Quartier. Ein Forum zur Netzwerkarbeit analog der Seniorenbüros in Dortmund existiert nicht.

Die Frage nach dem Unterschied zwischen Angeboten für betagte und junge Senioren wurde mit der Erläuterung des Konzeptes beantwortet. Während die sogenannte „Altentagesstättenarbeit“ fortgeführt wird, entwickeln sich gleichzeitig Angebote für junge Senioren.

Als schwierig erweist sich die Einbeziehung von Senioren mit Migrationshintergrund. Wie in den meisten Einrichtungen der Offenen Altenhilfe gelingt es lediglich festen Gruppen von Migranten die Einrichtungen als Ort ihrer Treffen anzubieten.

Frau Isensee berichtete zudem von großen Unterschieden zwischen den Bedingungen und Bedarfen von ehrenamtlichen Mitarbeitern früherer Generationen und denen heutiger Ehrenamtler.

Frau Borgers berichtete von der Suche nach quartiersnahen Konzepten und neuen Kooperationsformen des Vereins Leben im Alter e.V. Zunächst wurde ein Stadteiltreff mit Beratung gegründet, der durch Kooperation und Verträge mit privaten Anbietern und Bildungsträgern finanziert werden konnte.

Durch die Einbeziehung von Seniorinnen und Senioren in die Planungen des Vereins „Senioren planen für Senioren“ konnten die Ideen umgesetzt werden. So entwickelten sich verschiedene Veranstaltungsreihen. Auch hier wurde die Frage nach der Gewinnung und Motivation von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Forum gestellt. Frau Borgers benannte die Vielfalt als Erfolgskriterium für die Gewinnung neuer Mitarbeiter. Seniorinnen und Senioren müssen die Möglichkeit haben, ihre eigenen Interessen oder beruflichen Vorbildungen einbringen zu können.

Das finanzielle Engagement der Stadt Bocholt für diese Arbeit ist eher gering einzuschätzen. Die Finanzierung der Arbeit läuft zum größten Teil über Kooperationsverträge mit den Netzwerkpartnern.

Kooperieren und Aktivieren

Wie steht es mit der Übertragbarkeit der Praxisbeispiele auf andere Standorte? Die Forumsteilnehmerinnen und -teilnehmer waren sich einig, dass nur in einem „gemeinsamen Kraftakt“ von Politik, Verwaltung und Trägern die Offene Altenhilfe auf stabile Füße gestellt werden kann. Die Frage, wie Kooperationen im Quartier oder im Stadtteil zustande kommen, wurde aus der Praxis mit der Einrichtung Runder Tische und dem dazu nötigen offensiven Zugehen von Seiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Altenhilfe auf Kooperationspartner im Stadtteil beantwortet. Dabei ist es wichtig, dass gleichzeitig Seniorinnen und Senioren im Quartier mit angesprochen und aktiviert werden.

Bedürfnisse und Interessen junger Seniorinnen und Senioren erfordern neue zeitgemäße Angebote und Ansprache. Neue Angebote für die „Jungen Alten“ können auch ein verstärktes Engagement dieser Zielgruppe nach sich ziehen.

Von Petra Jennen

Diplom-Sozialpädagogin, leitet seit über fünf Jahren die Begegnungsstätte und Beratungsstelle für Senioren der Arbeiterwohlfahrt Leverkusen

Praxisbeispiel:

WohnQuartier⁴ – Die Zukunft altersgerechter Quartiere gestalten

Das Konzept „WohnQuartier⁴“ ist das Ergebnis einer völlig neuen Kooperation zwischen Sozialem, Wirtschaft und Bildung. Es handelt sich hier um die Zusammenarbeit von drei Akteuren: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland e.V. (DW), Düsseldorf, HOCHTIEF Construction AG (HTC), Essen und Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein (EEB), Düsseldorf. Das Konzept wurde im Rahmen von Workshops erarbeitet, in denen Land und Kommune sowie Wirtschaft, bürgerschaftliches Engagement, Bildung & Wissenschaft, Kunst & Kultur sowie Ökologie vertreten waren.

Ergebnisse

Die altersgerechte Quartiergestaltung orientiert sich an der Lebenswelt von Menschen im Sozialraum und basiert auf den vier Faktoren „Wohnen & Wohnumfeld“, „Gesundheit, Service & Pflege“, „Partizipation & Kommunikation“ sowie „Bildung, Kunst & Kultur“.

Das planvolle Handeln im Sinne einer altersgerechten Quartiergestaltung findet auf drei Ebenen statt:

- Ebene 1: Quartier (Lokale Akteure sind die Bewohnerinnen/Bewohner im Viertel)
- Ebene 2: Stadt (Verwaltungsebene mit den Dezernaten und Ämtern)
- Ebene 3: Intermediäre Ebene (die die gebietsbezogene Koordination vornimmt)

Mehr! Werte!

Für die Konzeptentwicklung sprechen folgende Gründe:

- Nutzungskonzepte für Immobilien, von Kirchengemeinden, Verbänden und der Wohnungswirtschaft werden entwickelt.
- Alternativen zu den gängigen Altenarbeits- und Hilfenkonzepten werden entwickelt.
- In einem partizipativen, kommunikativen Prozess wird bürgerschaftliches Engagement neu initiiert.
- Wohnortnahe Versorgung und Beschäftigung wird gesichert (Stichwort: Integrierte Pflegekonzepte).
- Urbanes Leben wird neu gestaltet.

Im Jahr 2008 wird das Konzept an zwei Standorten in Nordrhein-Westfalen umgesetzt. Die finanziellen Mittel hat die Stiftung Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen bewilligt.

Die Broschüre zum Konzept kann unter www.wohnquartier4.de heruntergeladen werden.

Kontakt

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland e.V.
Frau Gabriele Winter, Referentin für Altenarbeit
Lenastr. 41 / 40470 Düsseldorf
Fon 0211 6398-269 / Fax 0211 6398-299
gwinter@dw-rheinland.de / www.diakonie-rheinland.de

Praxisbeispiel:

Neues Wohnen im Alter

Die Bedürfnisse und die Situation älterer Menschen haben sich gewandelt. Viele Menschen möchten heute auch im Alter ein selbständiges Leben führen. Vor diesem Hintergrund entstand im Jahr 1985 der Verein „Neues Wohnen im Alter“. Zur gleichen Zeit entstanden auch in anderen Städten und Regionen Ideen zu neuen Wohnformen im Alter. Neues Wohnen im Alter e.V. initiierte den Austausch und die Vernetzung verschiedener Gruppen und wurde dabei vom Kuratorium Deutsche Altershilfe unterstützt.

Ziele

- Wohn- und Hausgemeinschaften von Älteren sowie Jüngeren fördern sowie für deren Realisierung einsetzen
- Das Bewusstsein in der Öffentlichkeit für andere Wohnmöglichkeiten wecken
- Vorhandene Wünsche und Bedürfnisse älterer Menschen nach selbstbestimmtem, gemeinschaftlichem Leben im Alter aufgreifen und sich für deren Verwirklichung einsetzen
- Ideen und Erfahrungen mit anderen Gruppen in Nordrhein-Westfalen, im gesamten Bundesgebiet und in den europäischen Nachbarländern austauschen und diskutieren

Arbeitsschwerpunkte

- Öffentlichkeitsarbeit
- Interessentenarbeit
- Wohnraumbeschaffung
- Überörtliche Arbeit

Leistungen

- Beratung, Vorträge, Seminare, Veranstaltungen zu Themenstellungen bestehender Wohngruppen sowie für interessierte Einzelpersonen, Gruppen oder beruflich Interessierte
- Unterstützung bei der Entwicklung von Organisations- und Finanzierungskonzepten für gemeinschaftliches Wohnen
- Beratung bei Konzepten für die Organisation von Pflege sowie zu den rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten bei gegenseitiger nachbarschaftlicher Hilfe
- Beratung bei der Erstellung von Quartierskonzepten
- Unterstützung bei der Entwicklung von Qualitätskriterien für altersgerechte Architektur und Städtebau
- Unterstützung bei der Planungsbeteiligung, bei der Selbstorganisation von Gruppen und Entwicklung von Kooperationsverträgen u.a. zwischen Gruppen und Wohnungsunternehmen

Bisherige Erfolge

- Gründung des FORUMS als Zusammenschluss ähnlicher Initiativen auf Bundesebene
- Initiierung, Mitplanung und Umsetzung konkreter Projekte u.a. in Köln, Mettmann, Bonn, Aachen
- Einrichtung des Regionalbüros Rheinland „Neue Wohnformen im Alter“ als Beratungs- und Kontaktstelle
- Fachlicher Austausch und Beratung von und mit Institutionen der Altenarbeit
- Zunehmendes Interesse von Architekten und Wohnungsbaugesellschaften an der Arbeit des Vereins
- Verstärkte Akzeptanz in Politik und Verwaltung für Ideen alternativen Wohnens im Alter

Kontakt

Neues Wohnen im Alter e.V.
 Frau Erika Rodekirchen / Frau Margot Opoku-Böhler
 Marienplatz 6 / 50676 Köln
 Fon/AB 0221 215086 oder 0221 240 70 75 / Fax 0221 923 18 87
 nwia.ev@t-online.de / www.nwia.de

Praxisbeispiel:

Buchholzer Fenster

Beratungsstelle für ältere Menschen in Duisburg-Buchholz, Christophorus-Werk Duisburg

Die Beratungsstelle wurde 1991 im Rahmen des Modellprojekts „Verbesserung der Situation pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen“ beim größten Träger stationärer Einrichtungen in der Außenstelle Duisburg-Buchholz in einer stationären Einrichtung mit 138 Plätzen eingerichtet.

Aufgaben

- **Beratung** in unterschiedlichen Lebenslagen für ältere Menschen und pflegende Angehörige. Hausbesuche werden angeboten.
- **Informationen über und Vermittlung an Dienste**
- Beratung zu allen Fragen des **Wohnens im Alter**
- **„mal Kontakt aufnehmen“**: Gründung einer Gruppe, um Menschen zu ermöglichen, teilweise nach Jahren, wieder Kontakt mit anderen Menschen aufzunehmen.
- **Öffnung der stationären Einrichtung in den Stadtteil** durch verschiedene Gruppen und Angebote
- **Kooperationspartner**: z.B. Kirchengemeinde, Haus an der Buche, Musikschule, ZWAR, Diakonisches Werk, Stadt, Land
- **Stadtteilkonferenz** zur Förderung des Informationsaustausches und der Vernetzung im Stadtteil

Kontakt

Evangelisches Christophorus-Werk / Buchholzer Fenster
 Frau Christine Jansky
 Altenbrucher Damm 8 / 47249 Duisburg
 Tel.: 02 03/ 79 79 114 / Fax: 02 03/ 79 79 200
 buchholzer.fenster@cwdu.de

Fazit: Wege zu einer erfolgreichen Quartiersarbeit – Handlungsempfehlungen

Möglichkeiten des Verbleibs im Quartier

Nach Vorstellung der drei Projekte wurde zunächst diskutiert, wie der möglichst lange Verbleib in vertrautem Umfeld auch in Quartieren, in denen es keine oder nur eine geringe Infrastruktur gibt, unterstützt werden kann. Hierzu gab es folgende Ideen:

- Aufbau von CAP-Läden: Geschäfte, in denen Menschen mit Behinderungen arbeiten. (Hier gibt es bereits Erfahrungen in Duisburg.)
- Etablierung von „fahrenden Händlern“, die regelmäßig das Quartier anfahren und so die Versorgung gewährleisten können.
- Auf positive Erfahrungen in Quartieren wurde hingewiesen, wenn Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (kleine) Läden öffnen (nur in entsprechenden Quartieren interessant). Diese Läden müssen dann aber auch ein für ältere Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte vertrautes Sortiment anbieten. Es wurde auch insofern über positive Erfahrungen berichtet, als dass in solchen Läden oft zusätzliche Hilfestellungen angeboten werden, wie z.B. der Transport von Lebensmitteln nach Hause.
- Als präventive Maßnahme dem Abbau von Geschäften entgegen zu wirken wurde genannt, vorhandene kleine Geschäfte im Stadtteil zu nutzen und nicht „auf der grünen Wiese“ einzukaufen.
- Es wurde begrüßt, dass Pflegeheime mit vielen Betten in solchen Quartieren wahrscheinlich keine Zukunft haben werden, sondern eher kleine Einrichtungen.
- Alternative Wohnmöglichkeiten wie Pflegefamilien für Ältere und für Menschen mit Demenz
- Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Bauliche und soziale Aspekte

Es wurde empfohlen, Wohnungen im Neubau bzw. bei Umbaumaßnahmen grundsätzlich barrierefrei bzw. barrierearm zu bauen bzw. anzupassen und Begegnungszentren zur Unterstützung der Nachbarschaft durch Wohnungsunternehmen einzurichten. Wichtig sei aber auch, das Wohnumfeld in den Blick zu nehmen und den sozialen

Aspekt nicht zu vernachlässigen. Ein zentrales Problem auch in Zukunft wird die Einsamkeit im Alter sein. Hierzu wurde zu Bedenken gegeben, ähnlich wie beim Projekt „Kunst am Bau“, zukünftig (bestimmte) Prozente der Bauinvestitionen über Förderrichtlinien in das „Soziale“ zu investieren.

Rolle stationärer Einrichtungen

Stationäre Einrichtungen sind ein Teil des Quartiers und sollten sich für das Gemeinwesen öffnen. Beispielhaft wurde das Johanneswerk in Bielefeld genannt. Stationäre Einrichtungen sind auch ein Teil der Wohnmöglichkeiten, die im Quartier zur Verfügung stehen sollten, damit Menschen auch diese Wahlmöglichkeit haben.

Wohnprojekte im ländlichen Raum

Wohnprojekte im ländlichen Raum werden immer mehr nachgefragt, allerdings gibt es außer einigen Pflegewohngruppen kaum Umsetzungen. Ein Grund für das Fehlen von Wohnprojekten ist, dass Wohnungsunternehmen im ländlichen Raum deutlich kleinere Bestände vor Ort haben. Leerstände gibt es überwiegend im Ein- und Zweifamilienhausbereich. Verlässliche Partner/innen vor Ort sind wichtig und ggf. die Reaktivierung nachbarschaftlicher Hilfen.

Rolle selbstbestimmter Netzwerke

Das Verhältnis von Institutionen zu selbstbestimmten Netzwerken muss sich verändern: Oft wird in festen, vertrauten Strukturen gedacht, neue Strukturen haben es aber schwer, weil sie keinen festen Träger und keine Mitgliedschaften haben. Hier wurde auf die KDA-Studie „Leben und Wohnen im Alter, Werkstatt-Wettbewerb Quartier, Dokumentation der ausgezeichneten Beiträge, 2005“ verwiesen, nach der die Initiatoren vieler Projekte nicht organisierte Bürgerinnen und Bürger sind.

Strukturelle Bedingungen einer erfolgreichen Quartiersarbeit – Aus der Praxis

Es wurde nachgefragt, ob erfolgreiche Arbeit im Quartier die drei Ebenen, die in Wohnquartier⁴ genannt wurden, voraussetzt. Die drei Ebenen sind 1. Quartierebene: Hier werden die Interessen der Betroffenen organisiert und die Aktivitäten vor Ort begleitet. 2. Verwaltungsebene mit den Dezernaten und Ämtern; die Koordination, die



Gesamtprojektsteuerung und die Ressourcenbündelung sind von besonderer Bedeutung. 3. Intermediäre Ebene, die die gebietsbezogene Koordination vornimmt. Die Akteure sind für die Moderation, Mediation, Vernetzung sowie für die Projektentwicklung zuständig. Hierzu wurde angemerkt, dass vieles von dem möglich sei, wenn man lange auf einer Stelle arbeitet und dass es wichtig sei, auf vorhandene Ressourcen zurückzugreifen und nicht neue Strukturen zu entwickeln.

Wichtig sei ferner, dass das Einzugsgebiet einer Beratungsstelle für gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit klar umrissen und nicht zu groß sei (Erreichbarkeit). Die Anbindung an eine stationäre Einrichtung stellt nach der Erfahrung der Referentin Christine Jansky keinen Nachteil dar, da die meisten Ratsuchenden zunächst telefonisch Kontakt aufnehmen. Sie kommen dann ohne Vorbehalte in die stationäre Einrichtung zur Beratung, wenn sie vorab am Telefon den Eindruck gewonnen haben, dass sie dort die notwendige Unterstützung erhalten. Erfolgreiche Kooperationen setzen voraus, potenzielle Kooperationspartner möglichst früh zu informieren und an einen Tisch zu bringen. Schwierigkeiten können manchmal mit unflexiblen (Träger)Strukturen entstehen, d.h. die Zusammenarbeit funktioniert zwar auf der Arbeits-, aber nicht unbedingt in der Leitungsebene.

Strukturelle Barrieren einer erfolgreichen Quartiersarbeit

Als problematisch wird es eingeschätzt, wenn Mitarbeitende in Beratungsstellen sehr jung seien. Ein größeres Problem wird jedoch in der Befristung der Arbeitsverträge von Beratungsstellen durch Projekte gesehen. Dadurch entstehen meist keine verlässlichen Strukturen für die Bürgerinnen und Bürger und keine dauerhafte Zusammenarbeit für die Kolleginnen und Kollegen.

Seit Einführung der Pflegeversicherung fokussiert sich die Altenarbeit auf die Pflege. Allerdings wurden schon 1993 in Düsseldorf die Netzwerke für gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit ins Leben gerufen, die aber nur wenig zur Kenntnis genommen wurden. Ein Problem sei, dass es für die gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit weder eine klare Organisation, noch Strukturen oder eine Finanzierung gibt. Aber: ohne Hauptamt, kein Ehrenamt.

Fördernde Rahmenbedingungen für den Verbleib älterer Menschen im Quartier

- Der/die Mitarbeiter/in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit muss bekannt und bereits länger tätig sein, nicht in einer befristeten Stelle arbeiten, sondern als „Einrichtung“ im Stadtteil Verlässlichkeit vermitteln sowie für ein begrenztes räumliches Gebiet zuständig sein.
- Verschiedene Wohnangebote im Quartier müssen etabliert werden, um den Bewohnerinnen und Bewohnern eine Wahlmöglichkeit zu bieten.
- Barrierefreie Wohnungen und ein barrierefreies Wohnumfeld sind für alle Menschen sinnvoll.
- Auf- und Ausbau von Kontaktmöglichkeiten
- Die Kommune hat das Thema „Älterwerden“ zur Chefsache gemacht, d.h. Bürger- bzw. Oberbürgermeister/in nehmen sich selbst des Themas an und alle Dezernate bzw. Ämter beschäftigen sich damit.
- Der Umgang mit selbstbestimmten Netzwerken muss sich ändern.
- Finanzierung von gemeinwesenorientierter Seniorenarbeit: ohne Hauptamt kein Ehrenamt
- Für erfolgreiche Kooperationen ist es wichtig, möglichst frühzeitig an einen Tisch zu kommen (schon bei der Entstehung von Projektideen).

Literaturhinweis:

- Dorette Deutsch: „Schöne Aussichten fürs Alter“ und „Lebensträume kennen kein Alter“
- Klaus Dörner: „Leben und Sterben, wo ich hingehöre“
- KDA-Studie: „Leben und Wohnen im Alter, Werkstatt-Wettbewerb Quartier, Dokumentation der ausgezeichneten Beiträge 2005“

Von Susanne Tyll

Diplom-Pädagogin und Politikwissenschaftlerin, seit 15 Jahren in der konzeptionellen Beratung sowie Fortbildung von Einrichtungen und Mitarbeitenden der sozialen Arbeit, insbesondere der Seniorenarbeit und Wohnen im Alter tätig. Seit 1999 arbeitet sie freiberuflich für Einrichtungen der Altenarbeit, Wohnungswirtschaft, Wohlfahrtspflege und Kommunen/Kreise. www.SusanneTyll.de





Seniorenbüros

Forum 2

Was macht das besondere Profil der Seniorenbüros aus und welche inhaltlichen Schwerpunkte liegen der Arbeit zugrunde? Gibt es einen spezifischen Unterschied in der Arbeit im Vergleich zu anderen Beratungsstellen für Ältere? Wo gibt es Überschneidungen und welche „Konkurrenzen“ bestehen möglicherweise vor Ort? Wie kann ein sinnvolles Zusammengehen von Seniorenbüros und anderen Beratungsstellen aussehen und wie sieht die Abgrenzung bzw. Zusammenarbeit zur Pflege- und Wohnberatung aus? Welche Finanzierungsformen sind denkbar und worin bestehen die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen? Diese Fragen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Referentinnen und Referenten in Forum 2 und formulierten mithilfe der Erfahrungsberichte aus der Praxis Handlungsfelder und -empfehlungen.

Im Mittelpunkt stand zunächst das Konzept der Dortmunder Seniorenbüros, das von Reinhard Pohlmann vom Sozialamt der Stadt Dortmund bereits im ersten Teil der Tagung ausführlich vorgestellt wurde. Im Rahmen des von Gabriella Hinn, Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V., moderierten Forums, wurden seine Ausführungen weiter vertieft und ergänzt durch die Darstellung von Gabriele Wahlen vom Verein Ceno & Die Paten, Köln.

Praxisbeispiel:

Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS) ist ein Zusammenschluss der Träger von Seniorenbüros. Derzeit gibt es mehr als 220 Seniorenbüros bundesweit. Es handelt sich hierbei um Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstellen für freiwilliges Engagement in der nachberuflichen und nachfamiliären Lebensphase.

Ziele

- Vermittlung eines positiven Altersbildes durch Darstellung der Potenziale Älterer
- Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe älterer Menschen
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement
- Auf- und Ausbau von Infrastruktureinrichtungen für ältere engagierte Menschen
- Stärkung des Generationszusammenhaltes

Leistungen

- Fachberatung und nachhaltiger Einsatz für die Interessen älterer Freiwilliger
- Hilfe bei der Vernetzung der Seniorenbüros
- Beratung von Kommunen beim Aufbau von Seniorenbüros
- Organisation bundesweiter Fachtagungen und Fortbildungen
- Initiierung innovativer Projekte auf nationaler und europäischer Ebene
- Herausgabe von Fachliteratur und eines digitalen Newsletters

Die BaS hat seit 1995 eine Vielzahl an innovativen Projekten auf nationaler und europäischer Ebene initiiert, z.B. Beteiligung am Bundesmodellprogramm „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“, Beratungsleistungen für Kommunen beim Aufbau von Strukturen zur Förderung des freiwilligen Engagements, Kooperationsprojekt „Kompetenznetzwerk Wohnen – neue Formen der mobilen Beratung“, Weiterentwicklung des Informations- und Ideenpools www.senioren-initiativen.de für ältere Menschen, Entwicklung der EU-Projekte „Europäisches Volontariat älterer Menschen“ sowie „Innovative Initiativen zur sozialen Integration älterer MigrantInnen“.

Kontakt

Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. / Frau Gabriella Hinn
Graurheindorfer Str. 79 / 53111 Bonn
Fon 0228 614074 / Fax 0228 614060
bas@seniorenbueros.org / www.seniorenbueros.org



Praxisbeispiel:

Seniorenbüros in Dortmund – ein wohnortnahes Konzept

Von Dipl. Soz. Wiss. Reinhard Pohlmann, Stadt Dortmund, Fachdienst für Seniorenarbeit

Neben den traditionellen Angeboten der offenen Seniorhilfen und den Pflegeangeboten gibt es in Dortmund seit ca. zwei Jahren in allen zwölf Stadtbezirken hauptamtlich geführte Seniorenbüros, die gemeinsam von der Stadt Dortmund und den Freien Wohlfahrtsverbänden geführt werden.

Kernaufgaben

Nach einer kurzen Pilotphase in zwei ausgewählten Stadtbezirken sind inzwischen in allen zwölf Dortmunder Stadtbezirken Seniorenbüros vorhanden. Der Dortmunder Rat hat Anfang 2006 mit überwältigender Mehrheit die Notwendigkeit unterstützt, kleinräumig bürgernahe Beratungs- und Netzwerkstrukturen in der Altenarbeit zu entwickeln. Konkret geht es um

- **Informationen** zu Begegnungsmöglichkeiten, zu Besuchs- und Begleitdiensten, zu Wohnformen im Alter, zu ambulanten Pflegediensten, zu Pflegeangeboten und vielem mehr.
- **Beratung** über unterstützende Hilfen zu Hause, Entlassungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige, sozialhilfrechtliche Fragen und Finanzierungsmöglichkeiten, über Möglichkeiten der Wohnraumanpassung und spezielle Angebote bei Demenzerkrankungen.
- **den Aufbau von örtlichen Altenhilfenetzen:** Die Seniorenbüros arbeiten aktiv an kleinräumigen Netzwerken für Altenhilfe im Stadtbezirk mit. Durch die enge Zusammenarbeit mit allen örtlichen Pflegeanbietern, der Polizei, den Krankenhäusern oder ambulanten Diensten bis hin zu Wohnungsbaugesellschaften können Hilfen in der Nähe schneller und nachhaltiger organisiert werden.
- **Hilfe im Einzelfall:** Durch die Zusammenarbeit besonders mit anderen städtischen Dienststellen wird bei

schwierigen Problemen oder umfassendem Hilfebedarf eine qualifizierte Einzelhilfe angeboten.

- **die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.** Die Seniorenbüros arbeiten eng mit der Freiwilligen-Agentur, den Verbandsgliederungen und anderen Organisationen zusammen, um seniorspezifische und generationsübergreifende Projekte für und mit Senioren ehrenamtlich anzustoßen und zu begleiten.

Neben der Altenhilfe- und Pflegeberatung verfolgen die Seniorenbüros also das Ziel, für die älteren Menschen und ihre Angehörigen ein wohnortnahes Netzwerk für Altenhilfe aufzubauen, damit bei Bedarf eine schnelle Hilfe organisiert werden kann. Dazu soll eine systematische Zusammenarbeit von Diensten und Einrichtungen sowie von Organisationen im Wohnquartier aufgebaut werden, damit die notwendige Altenhilfe „Hand in Hand“ funktioniert. Wie ein „Lotse“ sollen die Seniorenbüros die Ratsuchenden bei der Suche nach einer für sie geeigneten Hilfe navigieren. Eine gut funktionierende Kooperation mit den Hilfs- und Pflegediensten, Vermietern, der Polizei, Ärzten und Krankenhäusern etc. in den jeweiligen Wohnquartieren ist dabei eine wichtige Voraussetzung. Hinzu kommen weitere Netzwerkpartner in der Stadt wie die Wohnraumberatung für Senioren und städtische Dienststellen wie der sozialpsychiatrische Dienst bis hin zu Betreuungsvereinen und dem Amtsgericht.

Erst auf der Grundlage eines gut funktionierenden Netzwerkes kann ein Case Management in der Altenhilfe funktionieren, um im Einzelfall ein passgenaues Hilfeangebot zu organisieren. Zur Ermittlung der individuellen Hilfen bieten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Bedarf auch Hausbesuche an.

Organisationsstruktur

Die Besonderheit der neuen Seniorenbüros liegt darin, dass die Arbeit hauptamtlich und gemeinsam von der Stadt Dortmund und den Wohlfahrtsverbänden geleistet wird. Entweder befinden sich die Büros in den örtlichen Bezirksverwaltungsstellen oder in bestehenden Begegnungszentren für Senioren. In den zwölf Seniorenbüros arbeiten insgesamt 24 hauptamtliche Fachkräfte je zur Hälfte aus den Reihen der Stadt Dortmund und den Ver-

bänden. Die beiden Sozialpartner zusammenzubringen, auf beiden Seiten vorhandene Fähigkeiten und Ressourcen gemeinsam zum Wohle der älteren Menschen zu nutzen, war eine entscheidende Motivation für das Dortmunder Modell der Seniorenbüros. Die hauptsächlich als Sozialarbeiter ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden innerhalb einer mehrwöchigen Schulung auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet und laufend über ein eigenes Qualitätsmanagement fachlich unterstützt.

Steuerung der Arbeit

Um die notwendigen Abstimmungen der Entscheidungsträger auf Seiten der Stadt Dortmund und der Verbände zu steuern, ist eine gemeinsame Geschäftsstelle eingerichtet worden. Je ein Geschäftsführer der Stadt Dortmund und der Wohlfahrtsverbände sind für die Steuerung der operativen Geschäfte der Seniorenbüros verantwortlich. Unterstützt wird die Arbeit durch einen Beirat, bestehend aus Führungskräften der Verbände und der Stadt Dortmund. Der Beirat fungiert quasi wie ein Aufsichtsrat zur Abstimmung von grundlegenden Entscheidungen der Geschäftsführung. Dazu zählen insbesondere konzeptionelle, rechtliche und fachliche Sachverhalte. Jährliche Zielvereinbarungen zwischen der Geschäftsstelle und den zwölf Seniorenbüros dienen der Orientierung und qualitativen Sicherung unter Berücksichtigung der zum Teil sehr unterschiedlichen Bezirksstrukturen.

Politische und Finanzielle Umsetzung

Die bekannte Entwicklung in der Sozialgesetzgebung mit der Folge einer grundlegenden Neuorganisation der Sozialverwaltung bot genügend Raum für eine Neuausrichtung des Sozialamtes der Stadt Dortmund und damit eine andere Schwerpunktsetzung. Gleichzeitig gab es bereits einen intensiven Dialog mit vielen Akteuren der kommunalen Altenhilfe und Pflege zur Verbesserung der Altenhilfe und Pflege.

Beides zusammen erleichterte der Politik die Entscheidung, durch Umschichtungen von Aufgaben und Ressourcen das Projekt der Seniorenbüros zu starten. Das gegenwärtige Budget für die Durchführung der Seniorenbürotätigkeiten beträgt ca. 1,5 Mio. Euro pro Jahr und ist im städtischen Haushalt fest verankert.

Zwischenfazit

Gut eineinhalb Jahre nach dem Start der Seniorenbüros wird das Beratungs- und Serviceangebot von der Bevölkerung und den meisten Netzwerkpartnern in den Stadtbezirken anerkannt. Insgesamt konnten im vergangenen Jahr 21.000 telefonische und persönliche Anfragen bearbeitet werden. In dieser Kennziffer sind 4.000 Einzelfallhilfen enthalten, davon 1.500 Hausbesuche mit zum Teil erheblichem Zeitaufwand, um der jeweiligen Lebenslage entsprechend ein Hilfspaket zumeist mit den Angehörigen zu besprechen und zu organisieren. Im Mittelpunkt der Einzelfallhilfen stehen vor allem komplementäre Lösungsansätze, um den Lebensalltag so zu unterstützen, dass je nach Lebenslage die selbstständige Lebensführung aufrecht erhalten werden kann.

So gesehen leisten die Seniorenbüros weitaus mehr als nur eine reduzierte Pflegeberatung im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes. Case Management in der Altenhilfe ist somit deutlich ganzheitlich ausgerichtet, also auf die Lebenslage fokussiert und nicht ausschließlich auf mögliche Leistungen nach SGB XI und/oder XII reduziert. Die Seniorenbüros haben zudem erfolgreich damit begonnen, für die Altenhilfe eine kleinräumige Kooperationsarbeit zu entwickeln. In allen zwölf Bezirken bestehen inzwischen Netzwerkpartnerschaften der verschiedenen Anbieter und Akteure, die sich regelmäßig am Runden Tisch für Altenhilfe in den Stadtbezirken treffen.

Die Akzeptanz gilt auch für die im Wettbewerb stehenden Pflegeanbieter, die nach anfänglicher Skepsis zur Trägerneutralität der Seniorenbüros aktiv an den Runden Tischen mitarbeiten. Durch die offene und transparente Arbeit der Seniorenbüros haben die Akteure verstanden, dass letztlich alle gewinnen: die Kunden, weil sie vor Ort eine Anlauf- und Beratungsstelle haben und begleitet werden, die Akteure im Bezirk, weil vernetztes Arbeiten für die Kunden wirtschaftliche Vorteile bietet und die Stadt Dortmund, weil unsystematische Altenhilfe und Pflege unter dem Strich immer teurer ist.



Ausblick

Bei aller Euphorie bleibt noch viel zu tun. Dazu zum Abschluss einige Hinweise:

- Die Pflegefachberatung muss durch ein Qualitätssicherungskonzept unterstützt werden. Nur dann kann auf Dauer eine hohe Fachkompetenz gehalten werden, die von den Ratsuchenden erwartet wird.
- Ein Netzwerk für Altenhilfe muss erst einmal mühsam geknüpft werden. Zurzeit ist überall die Stufe des gegenseitigen Kennenlernens erreicht und die Bereitschaft, miteinander zu kooperieren. Bis man von einem Netzwerk reden kann, in dem sich auch konkurrierende Akteure im Interesse des rat- und hilfeschuchenden älteren Menschen wie „Netzwerker“ verhalten, ist es noch ein langer Weg.
- Der Aufbau eines systematischen und zertifizierten Case Managements steht noch in den Anfängen und muss durch die methodische Entwicklung von Verfahren und Indikatoren standardisiert werden.
- Bereits erkennbar ist der zusätzliche Bedarf an bezahlbaren niedrigschwelligen Unterstützungsdiensten etwa durch den zusätzlichen Einsatz von Ehrenamtlichen oder durch andere arbeitsmarktpolitische Projekte. Die Seniorenbüros könnten bereits heute mehr Altenhilfe leisten, wenn es diese bezahlbaren Dienste ausreichend gäbe.
- Im operativen Geschäft bestehen zum Teil noch Schnittstellenprobleme mit anderen städtischen Fachdiensten, insbesondere mit den Sozialhilfediensten und bei Fragen der Zuständigkeit.

Das Konzept und die bisherigen Erfahrungen der Dortmunder Seniorenbüros ebenso wie ähnliche Beratungsstrukturen in anderen Kommunen belegen, dass der Ausbau einer wohnortnahen Seniorenarbeit angesichts der bekannten demografischen und familiären Veränderungen unerlässlich ist. Je näher die Arbeit am Menschen, um so besser kann der Bedarf erkannt werden und umso geringer ist die Schwelle, die Hilfen anzunehmen.

Kontakt

Stadt Dortmund / Sozialamt, Fachdienst für Seniorenarbeit
 Herr Reinhard Pohlmann / Hoher Wall 5 – 7 / 44122 Dortmund
 Fon 0231 50-22505 / Fax 0231 50-26016
 rpohlmann@stadtdo.de / www.senioren.dortmund.de

Praxisbeispiel:

Ceno & Die Paten e.V. – Centrum zur nachberuflichen Orientierung

Der Verein Ceno berät Menschen nach der Berufs- und Familienphase in Fragen der allgemeinen Lebensplanung und der vielfältigen Möglichkeiten, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Darüber hinaus werden Personen gesucht, denen der Dialog zwischen den Generationen besonders am Herzen liegt, und die sich in generationsübergreifenden Projekten engagieren wollen:

- Patenprojekt
- Mentorenprojekt
- Ge-Mit – Generationen miteinander im Freiwilligendienst
- Seniorennetzwerk Deutz
- Erfahrungswissen für Initiativen
- Familienpaten

Brücken bauen zwischen den Generationen!

Als Träger des Seniorennetzwerks Köln-Deutz knüpft Ceno Kontakte zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Organisationen mit dem Ziel, die Lebensqualität der älteren Menschen zu verbessern, das Miteinander der Generationen zu fördern sowie Nachbarschaft und Selbsthilfe zu stärken. In regelmäßigen Stadtteilkonferenzen werden alle, die im „Veedel“ aktiv sind, an einen Tisch gebracht.

Kontakt

Ceno & Die Paten e.V. / Frau Gabriele Wahlen
 Gebrüder-Coblenz-Str. 10 / 50679 Köln
 Fon 0221 8008370 / Fax 0221 8008371
 ceno@ceno-koeln.de / www.ceno-koeln.de

Fazit: Strukturen und Rahmenbedingungen für Seniorenbüros

Auf der kommunalen Ebene bestehen bereits verschiedene Ansätze zur Umsetzung von Seniorenbüros. In ihrem Profil und ihrer Schwerpunktsetzung unterscheiden sich diese, je nach kommunalem Setting, allerdings deutlich voneinander. Dies führt in der Beratungsarbeit immer wieder zu Problemen in der Abgrenzung der Seniorenbüros zu anderen Beratungsstellen und Einrichtungen, wie beispielsweise den Pflege- und Wohnberatungsstellen. So stellen Seniorenbüros häufig die Schnittstellen für alle anfallenden Aufgaben der offenen Altenarbeit dar. Um die Arbeit der Seniorenbüros mit einer kleinräumlichen oder stadtteilbezogenen Orientierung auf kommunaler Ebene abzusichern und letztendlich nachhaltige Effekte in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit zu erzielen, ist es daher von Bedeutung, die entsprechenden Strukturen und Rahmenbedingungen für die Arbeit der Seniorenbüros zu schaffen.

Aus der Praxis

Die Moderatorin des Forums und Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS), Gabriella Hinn, gab zunächst eine kurze Übersicht zu den Tätigkeitsfeldern der Seniorenbüros. So gelten sie als Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstellen für freiwilliges Engagement der Generation 50plus, Service- und Anlaufstellen für ältere Menschen und deren Angehörige, Partner der Kommunen in der offenen Altenarbeit in der Vernetzung der relevanten Akteure und Zentren für Projektentwicklung sowie Orte der Begegnung.

Gabriele Wahlen, Centrum zur nachberuflichen Orientierung – Ceno, veranschaulichte durch ihren Beitrag, wie sich die zielgruppenspezifische Ansprache am Beispiel der Stadt Köln, in Vernetzung mit unterschiedlichen Vermittlungsagenturen umsetzen lässt. So sind in Köln beispielsweise mehrere Agenturen in unterschiedlicher Trägerschaft in der Vermittlung ins bürgerschaftliche Engagement im Rahmen von Patenschafts- und Mentorenprojekten aktiv.

Reinhard Pohlmann, Seniorenbüros der Stadt Dortmund, betonte die Relevanz des Stadtteilbezuges in der (Neu-)

Ausrichtung der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit, um nachhaltig bedarfsgerecht die Beratungs- und Versorgungsstrukturen unter Einbindung der älteren freiwillig Engagierten zu erschließen und so auf kommunaler Ebene zur Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen beizutragen.

Förderung von bürgerschaftlichem Engagement

Einig waren sich die Teilnehmenden, dass über Partizipationszusammenhänge im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements positive Effekte für die gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit erzielt werden. So werden bestehende Ressourcen und Kompetenzen der Generation 50plus, die auch der 5. Altenbericht der Bundesregierung aufgreift, aktiviert und insgesamt eine Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen erreicht. Die Begleitung der freiwillig Engagierten bedarf aber der hauptamtlichen Unterstützung. Dabei stellt jedoch häufig die Stellenausstattung für Fachkräfte in Seniorenbüros ein Problem dar. Hinzu kommen insbesondere im ländlichen Raum lange Anfahrtswege und die Vielzahl an kleinräumig orientierten Angeboten auf relativ großen Gebieten, die vielfach in den Seniorenbüros einen erhöhten Fachkräfteanteil erforderlich machen. Um die Arbeit der Seniorenbüros vor Ort zu stärken, gilt es daher, insbesondere innerhalb der Verwaltungen die Führungsebenen und Entscheidungsträger/innen von der Relevanz der Seniorenbüros zu überzeugen. So wurde der Meinungsbildungsprozess in der Entwicklung der Dortmunder Seniorenbüros durch den politischen Auftrag bestimmt, die Strukturen der Seniorenarbeit an den ermittelten Bedarfen der älteren Menschen und ihrer jeweiligen Lebenssituation auszurichten und so zu einer Verbesserung ihrer Lebenssituation beizutragen. In Köln und Dortmund zeigt sich, dass Stabsstellen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements oder Geschäftsstellen der Seniorenbüros im Umsetzungsprozess Aufgaben wie Koordination, konzeptionelle Aufbereitung, Moderation von Netzwerkprozessen etc. übernehmen können. In der Überzeugungsarbeit und insbesondere bei Fragen der Finanzierung, berichteten viele der Teilnehmenden, stehe überwiegend die Kosten-Nutzen-Rechnung im Vordergrund. Hierzu gab es den Hinweis auf den Berechnungsschlüssel „Bürgerschaftliches Engagement“ der Regensburg-Studie (www.freiwilligenagentur-regensburg.de/pdf/kosten-nutzen.pdf).

Hilfreich sind allerdings, wie die Erfahrungen zeigen, auch gängige Dokumentations- und Erfassungsverfahren zur Anzahl der Vermittlungen von freiwillig Engagierten sowie die Erfassung der Beratungen über Beratungsbögen, Verwendungsnachweise und Sachberichte etc.

Mögliche Handlungsfelder für Seniorenbüros

■ Förderung des Generationendialogs

über Angebote für Jugendliche, wie Hausaufgabenbetreuung durch ältere freiwillig Engagierte, Patenschaften für Bewerbungstrainings und den Berufseinstieg

■ Entwicklung von zielgruppenspezifischen Angeboten

basierend auf den zu ermittelnden stadtteil- bzw. sozialraumbezogenen Bedarfslagen bspw. für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Bei der zielgruppenspezifischen Erschließung zeigt sich, dass insbesondere bei der Gruppe der älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte häufig Zugangsprobleme zu Angeboten der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit bestehen. Hier hat die Erfahrung in unterschiedlichen kommunalen Kontexten ergeben, dass eine aufsuchende Kontaktaufnahme, bspw. über Multiplikatoren in kulturellen Zentren etc. diesen Zugangsbarrieren entgegenwirkt. Darüber hinaus hat sich der Einsatz von Muttersprachler/innen im Beratungskontext als sinnvoll erwiesen.

■ Mobilität

Erschließung schlecht angebundener Stadtteile oder Regionen im ländlichen Raum in Kooperation mit den relevanten Akteuren über die Einbindung von Sponsoren, Patenschaften sowie die Beteiligung von ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrern (Bsp.: Bürgerbus)

Handlungsempfehlungen

■ Vernetzung der relevanten Akteure aus Kommunalverwaltung, Wohlfahrtsverbänden und Interessensvertretungen mit dem Ziel, eine Verbesserung der Versorgung in kleinräumigen Sozialräumen und mehr Angebotstransparenz zu schaffen, bspw. über Arbeitskreise „bürgerschaftliches Engagement“. Hierbei ist vor allem die Einbindung der Entscheidungsebene erforderlich.

■ Eine weitere Herausforderung ergibt sich durch die Altersstruktur im bürgerschaftlichen Engagement: so kann davon ausgegangen werden, dass sich ein Großteil der älteren Engagierten in den nächsten Jahren aufgrund der eigenen Lebenssituation aus Kontexten des bürger-

schaftlichen Engagements zurückziehen wird. Daher ist die (Neu-)Werbung von Freiwilligen dringend erforderlich, was sich häufig aufgrund der Mehrfachbelastungen in jüngeren und mittleren Lebensphasen schwierig gestaltet. Hier wurden folgende Maßnahmen benannt, die sich erfahrungsgemäß stärkend auf Aktivierungsprozesse im bürgerschaftlichen Engagement auswirken: Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung der Anbieter, (Online-) Datenbanken „Bürgerschaftliches Engagement“.

■ Konzeption von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte in den Seniorenbüros in Abstimmung zu den bestehenden Bedarfslagen

■ Ausarbeitung der Qualifizierungskonzepte der freiwillig Engagierten entsprechend der jeweiligen Engagementfelder

■ Entwicklung und Umsetzung von Qualitätssicherungskonzepten für das bürgerschaftliche Engagement

■ Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Konzeptentwicklung

■ Umsetzung von Seniorenbüros in Modellstadtteilen oder -Regionen, um Konzepte vor der breitflächigen Einführung zu prüfen und zu optimieren

Im Stadt-Land-Vergleich ergab sich, dass die wichtigsten Fragestellungen und Tätigkeitsfelder der Seniorenbüros ähnlich sind. Unterschiede bestehen vor allem in den Verwaltungsstrukturen, durch die sich über Kreisverwaltungen andere Finanzierungszusammenhänge auf kommunaler Ebene ergeben als in kreisfreien Städten. Darüber hinaus bestehen im ländlichen Raum weitere Wege und größere Distanzen, die es im Rahmen der Angebotsentwicklung und der Zielgruppenerreichbarkeit sowie in der Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements zu berücksichtigen gilt. Auch die geringere Träger Vielfalt im ländlichen Raum, durch die sich eine spezifische Aufgabenverteilung in den traditionell gewachsenen Versorgungsstrukturen ergeben hat, kann sich auf Kooperationszusammenhänge zwischen Kommunen und Wohlfahrtsverbänden auswirken. Hier gilt es, ebendiese Strukturen durch innovative Konzepte und die Sensibilisierung der Akteure zu erweitern.

Von Verena Leve

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich „Lebenslageforschung und Alterssozialpolitik“, Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund





Anforderungen an Seniorenberatung im ländlichen Raum

Forum 3

Für den ländlichen Raum gelten besondere altersspezifische Bedarfslagen. Bereits im ersten Teil der Tagung brachte Thomas Altgeld, Geschäftsführer der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V., die besonderen Herausforderungen für die Seniorenberatung auf dem Land auf den Punkt. Und kam dabei zu dem Schluss: Ebenso wenig wie es die „Alten“ gibt, kann von dem ländlichen Raum an sich die Rede sein.

Was also ist das Besondere in ländlichen Regionen im Gegensatz zu stärker (groß-)städtischen Strukturen? Und wie wirken sich diese Besonderheiten in den Beratungsansätzen und -strukturen aus? Wie sieht dabei beispielsweise die Abgrenzung bzw. Zusammenarbeit mit Pflege- und Wohnberatung aus? Welche Rolle spielen neben den hauptamtlichen die ehrenamtlichen Strukturen? Worin besteht Entwicklungsbedarf und welche Projekte, Qualifizierungen und Unterstützungsbedarfe sind zu empfehlen?

Diese und andere Fragen wurden in dem von Andrea Multmeier (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.) moderierten Forum 3 diskutiert. Anregungen aus der Praxis kamen von Hans Zakel (Altenarbeit im Kreis Unna), Dagmar Jung und Matthias Hess (Beratungs- und Koordinierungsstellen in Rheinland-Pfalz) sowie von Thomas Altgeld (Seniorenservicebüro in Niedersachsen).

Auch wenn letztlich konstatiert wurde, dass es nicht das Patentrezept für die Seniorenberatung im ländlichen Raum gibt, wurden doch die besonderen Anforderungen und Handlungsfelder sowie mögliche Erfolgsstrategien deutlich.

Impuls

Weite Wege und dünne Angebotsstrukturen müssen keine unveränderbare Kehrseite der Idylle sein – Anforderungen an Seniorenberatung im ländlichen Raum

Von Thomas Altgeld, Geschäftsführer der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V.

Besondere altersspezifische Bedarfslagen auf dem Land

Der demografische Wandel, der zunächst in immer neuen Horrorszenerarien in Deutschland diskutiert wurde, hat auch zu einer neuen Auseinandersetzung mit ländlichen Räumen geführt. Sozialstrukturatlanten, die Bevölkerungsprognosen für relativ kleine kommunale Einheiten erlauben, haben Konjunktur. Beispielsweise hat die Bertelsmann Stiftung einen Demografiewegweiser online gestellt, der für alle Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern neben einer kommunenspezifischen Bevölkerungsprognose mehr als 90 kommunal relevante Indikatoren zur Verfügung stellt (vgl. www.wegweiserkommune.de, Zugriff 2/2008). Die Themen Demografie, Finanzen, Soziale Lage und Integration werden im Wegweiser Kommune ausführlich dargestellt und durch Praxisbeispiele, Studien und Handlungskonzepte ergänzt. Aber auch Bevölkerungsprognosen anderer Anbieter erlauben mittlerweile sehr kleinräumige Prognosen. Für den ländlichen Raum sind diese Prognosen zumeist nicht frei von einer gewissen Düsternis, was insbesondere die ältere Bevölkerung in diesen Räumen anbelangt. Auch entvölkerte Landschaften in den neuen Bundesländern und Teile der alten Bundesländerflächenstaaten, sogenannte „Schrumpungsgebiete“, sind fester Bestandteil solcher negativen Betrachtungsweisen.

Dabei betreffen die Haupttrends der demografischen Entwicklung in Deutschland städtische und ländliche Räume zunächst einmal in ganz ähnlicher Weise. Im Einzelnen sind dies folgende Trends:

- Die Gesamtzahl der Menschen über 60 nimmt zu, der relative Anteil jüngerer Bevölkerungsgruppen an der Gesamtbevölkerung sinkt.
- Die Haushaltsgrößen nehmen ab.

- Die Segregation nach Altersgruppen, sozialer Lage und kulturellem Hintergrund nimmt zu.
- Regionale Zentren und Innenstädte erfahren einen Bedeutungsverlust.
- Große Bereiche der relevanten öffentlichen Infrastruktur (z.B. Schwimmbäder, Krankenhäuser) werden privatisiert und/oder abgebaut.

Aber die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in städtischen und ländlichen Räumen führen natürlich zu anderen Herausforderungen und Problemlagen.

Der ländliche Raum an sich existiert nicht

In den meisten Fällen helfen jedoch Pauschalierungen kaum weiter, insbesondere nicht, wenn spezifische Situationsanalysen und Handlungsbedarfe für konkrete ländliche Räume benötigt werden. Der ländliche Raum an sich existiert nicht, sondern nur eine ungeheuer große Ausdifferenzierung ländlicher Räume mit jeweils sehr heterogenen geografischen, historischen, sozialen und wirtschaftlichen Prägungen. Der Begriff des ländlichen Raumes wird häufig verkürzt definiert durch sein Gegenteil, die verdichteten städtischen Räume, d.h. er wird dabei dann als Begriff allein anhand der Bevölkerungsdichte kenntlich gemacht. Diese stellt allerdings nur einen möglichen Zugangsweg zur genaueren Definition ländlicher Räume dar, das Vorhandensein landwirtschaftlicher Produktion sowie weitere sozioökonomische Kriterien sind für die genaue Abgrenzung ländlicher Räume gegenüber anderen Siedlungsformen entscheidend.

Die Österreichische Raumordnungskonferenz hat in dem Österreichischen Raumentwicklungskonzept (2001, vgl. <http://www.oerok.gv.at>, Zugriff 2/2008) den Ländlichen Raum als vielfältig strukturiert und relativ eigenständig charakterisiert. Er sei längst nicht mehr mit dem landwirtschaftlich genutzten Raum gleichzusetzen sowie kein residualer Ergänzungsraum, sondern eher Grundlage für die Lebensqualität des Gemeinwesens. Er ist aufgespannt zwischen Stadtumland und Peripherie und Ressourcentank für die Bevölkerung (vgl. ebd.). Ähnlich positive Definitionsversuche sind in Deutschland jedoch relativ selten. Das Image der ländlichen Räume ist auch was die Versorgungsstrukturen und Lebensqualität im Alter bei eingeschränkter Funktionsfähigkeit betrifft relativ schlecht.



Was bedeutet selbstbestimmt leben im Alter in ländlichen Räumen?

Selbstbestimmt leben im Alter stellt einen hohen Wert für jeden Einzelnen aber auch für die Senioren- und Gesundheitspolitik dar. Krankheiten von älteren Menschen werden bereits länger öffentlich diskutiert, vor allem als individuelle Bedrohungen oder als Belastungen für die Finanzierbarkeit der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen. Gesundheit von älteren Menschen war dagegen bislang kaum ein wichtiges Thema, dabei ist die Mehrzahl der älteren Menschen gesund.

Bei dieser Herstellung von mehr Lebensqualität bis ins hohe Alter können Seniorenberatung sowie Gesundheitsförderung und Prävention eine wesentliche Rolle spielen. Nach wie vor richtet sich bislang allerdings das Gros der Interventionen im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention vor allem an jüngere Altersgruppen. Das Sprichwort „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ ist zum Leitmotiv der meisten Gesundheitsförderungs- und Präventionsmaßnahmen geworden. Deshalb werden vor allem Kindertagesstätten und Schulen als ideale Interventionsorte angesehen. Die leichtere Erreichbarkeit ganzer Alterskohorten und die Notwendigkeit einer frühen Ausbildung gesundheitsförderlicher Lebensstile haben zur Fokussierung der Angebotsstrukturen auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen geführt. Die Bedeutung von älteren Menschen als wichtige Zielgruppe für Strategien und Maßnahmen der Gesundheitsförderung wird dagegen nur langsam erkannt. Zudem findet bislang kaum eine Verknüpfung mit den Strukturen der Seniorenberatung statt. Dabei hat in diesem Bereich in dem vergangenen Jahrzehnt ein Paradigmenwechsel eingesetzt, der die rein versorgenden Hilfestrukturen erweitert und die Stärkung von Selbsthilfepotenzialen sowie das selbstbestimmte Leben im Alter als Leitziel definiert. Die Herausforderungen des selbstbestimmten Lebens im Alter bestehen in

- dem Aufbau von Netzwerken aus alltagspraktischen, hauswirtschaftlichen und pflegerischen Hilfen, die durch nachbarschaftliches und generationenübergreifendes Engagement ergänzt werden,
- der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in unterschiedlichen, bedürfnisgerechten Wohnformen,
- der Beibehaltung von Mobilität und Teilhabechancen.

- Da Alter keine Grenzen und Nationalitäten kennt, sind in diesem Zusammenhang insbesondere auch die Interessen der älteren Migrantinnen und Migranten einzubeziehen. Beratung und Information zu Fragen der sozialen Teilhabe spielen hier eine nicht unerhebliche Rolle.
- Zudem gilt es, quartiersnahe Angebote zu schaffen, die es älteren Menschen ermöglichen, bei hoher Lebensqualität, denkbar lange in ihrem vertrauten Umfeld zu leben (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (2007), Altern als Chance, Hannover, S.11).

Auch diese Herausforderungen treffen städtische und ländliche Räume zunächst einmal gleichermaßen. Aber die Angebotsdichte, z.B. was Wohnformen, pflegerische Hilfen und quartiersnahe Angebote anbelangt, ist in städtischen Räumen natürlich größer. Die Organisation und Vernetzung ähnlich effektiver Angebotsstrukturen stellt die zentrale Herausforderung für Seniorenberatung in ländlichen Räumen dar. Wesentliches Hindernis stellt dabei die häufig eingeschränkte Mobilität älterer Menschen auf dem Land dar, wenn sie nicht mehr eigenständig diese Mobilität herstellen können. Dabei hat für alle Bevölkerungsgruppen gerade Mobilität eine hohe Bedeutung. Gerade bei älteren Menschen wird Mobilität von sozialen Bedingungen besonders beeinflusst, dies reicht von der Angebotsstruktur des öffentlichen Personennahverkehrs über das Sozialverhalten jüngerer Verkehrsteilnehmer bis hin zu familiären und anderen Netzwerken, die Mobilität herstellen können. Das Dienstleistungspotenzial und die Angebotsdichte des ÖPNVs schrumpfen in bestimmten ländlichen Regionen nach wie vor und stellen insbesondere für ältere Menschen eine besondere Belastung und Einschränkung dar. Auch die Benutzerfreundlichkeit von Bahnhöfen, Haltestellen und Fahrkartenautomaten etwa was Orientierungsmöglichkeiten, Benutzerführung und Sprache anbelangt, lässt immer noch für ältere Menschen und andere Bevölkerungsgruppen mit Funktionseinschränkungen viele Wünsche offen. Hier fehlen bislang nachhaltige Konzepte zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs in ländlichen Räumen.

In einigen Bundesländern wurden in den letzten fünf Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Versorgungssituation älterer Menschen in ländlichen Räumen zu verbessern und das selbstbestimmte Leben dieser Bevölkerungsgruppen auch dort möglichst lange zu gewährleisten. Die nachfolgend aufgeführten Beispiele zeigen, wie vorhandene Angebote besser vernetzt werden können und notwendige Angebotsergänzungen gewährleistet werden können.

Praxisbeispiel:

Seniorenservicebüros in Niedersachsen

In Niedersachsen wurden 2007 Leitlinien für eine innovative Seniorenpolitik von Seiten des Sozialministeriums erarbeitet. Darin wird unter anderem festgehalten: „Eine moderne Seniorenpolitik muss Kernstück der Gesellschaftspolitik von morgen sein. Sie verfolgt nicht die Vision der ewigen Jugend, sondern setzt auf den Mut zum Alter. Sie schafft Rahmenbedingungen, die es älteren Menschen so lange wie möglich erlauben, selbstständig ihr Leben zu gestalten. Eine solche Politik trägt aber auch der Tatsache Rechnung, dass im Alter Krankheiten und Pflegebedarf zunehmen. Die Prävention ist deshalb als politisches Ziel ebenso wichtig wie die Sicherung hoher Qualitätsstandards im Gesundheitswesen und der Pflege“ (Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (2007), S. 5).

Zur Umsetzung dieser Politik werden 2008 insbesondere in ländlichen Räumen Seniorenservicebüros aufgebaut. Dieser Aufbau von Seniorenservicebüros als örtliche Anlauf-, Beratungs- und Koordinierungsstellen für ältere Menschen wird aus Landesmitteln für die Dauer von vier Jahren gefördert.

Älteren Menschen und ihren Angehörigen soll mit verbesserter Infrastruktur unnötiger Informationsaufwand erspart werden. Außerdem können sich Anbieter von Unterstützungsdienstleistungen über diese zentralen Stellen direkt an ihre Kundinnen und Kunden wenden. Die Büros werden regionale Anlaufstellen für Fragen zur Mobilität älterer Menschen sein und bieten damit Beratung und

Dienstleistungen aus einer Hand an. Um die Bandbreite der Beratungs-, Informations- und Unterstützungsangebote für ältere Menschen möglichst groß werden zu lassen, sollen die Büros eine Angebotsvielfalt aufweisen.

Zentrale Bausteine der Arbeit der Seniorenservicebüros, deren Förderung in 15 Kommunen im Frühjahr 2008 anläuft, sind:

- Wohnberatung
- Information über präventive Hilfen, geriatrische Rehabilitation und Pflege
- Veranstaltungshinweise
- Vermittlung eines Einkaufsservices
- Vermittlung, Organisation und Koordination von Patenschaften zwischen Generationen
- Organisation, Koordination und Vermittlung eines Freiwilligen Jahres für Senioren (FJS)
- Vermittlung, Organisation und Koordination einer Seniorenbegleitung

Seniorenservicebüros müssen an eine bereits bestehende Struktur angebunden sein, wie z.B. Mehrgenerationenhäuser, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen, Familienservicebüros oder die Kommunalverwaltung. Kooperationen mit regionalen Trägern, Pflegekassen und/oder Wohnungswirtschaft sollen angestrebt werden. Im Seniorenservicebüro sollen haupt- und ehrenamtliche Kräfte zusammenarbeiten.

Kontakt

Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin
Niedersachsen e.V. / Herr Thomas Altgeld / Fenskeweg 2
30165 Hannover / Fon 0511 3 88 11890
thomas.altgeld@gesundheit-nds.de / www.gesundheit-nds.de

Praxisbeispiel:

Beratungs- und Koordinierungsstellen (BeKos) in Rheinland-Pfalz

Wohnortnahe Versorgung bedeutet eine sozialräumliche Pflegestruktur, die von den Ressourcen des pflegebedürftigen Menschen ausgeht und die Kompetenzen und Leistungsfähigkeit von Angehörigen, Freunden, Nachbarn

sowie bürgerschaftlich engagierten Menschen einbezieht. Ergänzend wird die professionell notwendige Hilfe bestimmt. Bei alledem bleibt gesellschaftliche Teilhabe das Leitbild. Das rheinland-pfälzische Landesgesetz zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur, das zum 1. Januar 2006 in Kraft getreten ist, greift diese Zielsetzungen auf. Flächendeckende Beratungsstrukturen, ergänzende niedrighschwellige Angebote und die Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements sind die Schwerpunkte.

Mit regionalen Pflegekonferenzen werden örtliche Pflegetnetzwerke initiiert und gestärkt. Damit sollen Schnittstellenprobleme zwischen den Versorgungsstrukturen und den Beteiligten beseitigt und alle an der Pflege beteiligten Berufsgruppen sowie die Betroffenen und ihre Vertretungen eingebunden werden. Insbesondere die Kooperation der Institutionen und Berufsgruppen soll durch eine engere Zusammenarbeit im Rahmen der regionalen Pflegekonferenzen verbessert werden. Erklärtes Ziel ist es, eine ortsnahe und aufeinander abgestimmte Pflegestruktur zum Wohle aller Pflegebedürftigen zu verwirklichen.

Mit den 135 BeKos wurde mit finanzieller Förderung des Landes bereits im Jahr 1995 ein niedrighschwelliges, flächendeckendes und bundesweit einmaliges Beratungs- und Unterstützungsangebot von Rat und Hilfe suchenden pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen geschaffen. Die BeKos helfen bei Fragen im Bereich der Pflege und rund um das Alter und sollen durch das Angebot „Informations- und Beschwerdetelefon Pflege“ in Kooperation mit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz zu einer Stärkung des Verbraucherschutzes in der Pflege beitragen.

Die Beratungs- und Koordinierungsstellen besitzen umfangreiche Kenntnisse über die regionalen Angebots- und Nutzerstrukturen und die Nachfrage- und Bedarfssituation älterer oder pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen. Darüber hinaus tragen sie durch die Kontakte und die Zusammenarbeit mit Diensten und Einrichtungen sowie sonstigen Akteuren in der Pflege, der Gesundheitsversorgung, der Prävention und der Rehabilitation dazu bei, dass regionale Vernetzungsstrukturen entstehen können.

Aufgaben

- Qualifizierte Beratung Hilfe suchender Menschen und ihrer Angehörigen
- Vermittlung der erforderlichen Hilfen im Einzelfall
- Koordinierung des Hilfeangebots
- Gewinnung und Unterstützung bürgerschaftlich engagierter Menschen und Einbeziehung in die Angebotsstrukturen
- Enge Zusammenarbeit mit Diensten und Einrichtungen, den Anbietern komplementärer Hilfen und den sonstigen an der Pflege Beteiligten
- Regelmäßige Unterrichtung der Regionalen Pflegekonferenz über ihre Tätigkeit und die dabei gewonnenen Erkenntnisse
- Wohnberatung

Kontakt

Diakonisches Werk Hessen und Nassau / Referat Altenhilfe
 Frau Dagmar Jung / Ederstraße 12 / 60486 Frankfurt
 Fon 069 7947-329 / Fax 069 7947-333 / dagmar.jung@dwhn.de

Praxisbeispiel:

BeKo Daaden und Herdorf

Beratungsschwerpunkt

- Anlauf- und Informationsstelle für ältere und pflegebedürftige Menschen sowie deren Angehörige
- Ausführliche Beratung zur Pflegeversicherung und Hilfe bei der Antragstellung
- Information zu weiteren sozialrechtlichen Ansprüchen
- Neutrale und trägerübergreifende Beratung über die Angebote der ambulanten Dienste, der Tages- und Kurzzeitpflege sowie der stationären Dauerpflege
- Informationen zu Hilfsmitteln, betreutem Wohnen, barrierefreier Wohnungsgestaltung, Selbsthilfe- und Angehörigengruppen
- Assessment, Hilfeplanung, Unterstützung bei der Kontaktaufnahme zu den erforderlichen Diensten und Einrichtungen, Koordinierung der notwendigen Versorgungsleistungen (im Sinne des Case Managements)

Schwerpunkte im Gemeinwesen

- Durchführung von Einzelvorträgen und Vortragsreihen
- „Mutmachtage“ für pflegende Angehörige und Ehrenamtliche in der Arbeit mit älteren Menschen
- „Wohlfühltag“ für pflegende Angehörige
- Schulung „Freiwillige Seniorenbegleiter“
- Netzwerk „Gesundheit – Alter – Pflege“
- Begleitung / Unterstützung der lokalen Selbsthilfegruppe Teilnahme an diversen Arbeitsgruppen / Gremien
- Impulsgeber für neue Angebote z.B. Betreuungsdienste für demenzkranke Menschen
- Herausgabe eines Senioren-Leitfadens

Kontakt

Beratungs- und Koordinierungsstelle für ältere und pflegebedürftige Menschen / Herr Matthias Hess
 Friedrichstraße 5 / 57562 Herdorf
 Fon 02744 930312 / Fax 02744 930313
 info@beko-herdorf.de / www.beko-herdorf.de

Praxisbeispiel:

Altenarbeit des Kreises Unna

Beim Kreis Unna erfolgt bereits seit Oktober 1989 die kontinuierliche Sozialplanung für ältere Menschen. Es ist eine Querschnittsaufgabe, aber institutionalisiert und eingebunden in die Strukturen des Fachbereiches Arbeit und Soziales. Auftrag ist die Schaffung einer abgestimmten, bedarfsgerechten, sozialen, kulturellen und gesundheitlich-pflegerischen Infrastruktur, die insbesondere auch das möglichst lebenslange Wohnen zu Hause fördert sowie die Stärkung der Selbsthilfekräfte und des ehrenamtlichen Engagements gewährleisten kann. Arbeitsschwerpunkte sind u.a. seniorenrelevante Planung für eine bedürfnisorientierte Infrastruktur; Fachberatung von Investoren, Pflegebetrieben und Betroffenenorganisationen. Die Planung für ein bedarfsgerechtes Versorgungssystem, neutrale Beratungen und Hilfemanagement, Vernetzung mit einem dichten Geflecht an Fachgruppen und die Kreispflegekonferenz sind im Kreis Unna systematisch miteinander verbunden. Das Themenspektrum der Kreispflegekonferenz umfasste bislang z.B.: Demografische Entwicklung und Bedarfslagen; Pflegeinfrastrukturpla-

nungen; Komplementäre Dienste und niedrigschwellige neutrale Beratungsangebote wie die neutrale Pflegeberatung, Wohnberatung und das Hilfemanagement „Psychosoziale Beratung“; DRGs und ihre Wirkungen; Begutachtungen und Pflegestufe 0; Pflegequalität und „Gewalt gegen Ältere“; Ausbildungssituation und Pflegenotstand; Demenz und gerontopsychiatrische Versorgung; neue Wohnformen wie Pflege-Wohngemeinschaften.

Seit 1997 bietet die Verbraucherzentrale NRW (VZ-NRW), finanziert durch den Kreis Unna, die neutrale Pflegeberatung kreisweit an. Dies erfolgt auf der Basis eines gemeinsam entwickelten Konzeptes und entsprechender vertraglicher Ausgestaltung. Sichergestellt sind die unmittelbare Verzahnung mit der allgemeinen VZ-NRW, mit dem Sachgebiet Hilfe zur Pflege und den dortigen Pflegefachkräften, mit der Koordinierungsstelle Altenarbeit und den diversen Fach-Arbeitsgruppen sowie mit den anderen Beratungsdiensten im Kreis Unna. Die VZ-Pflegeberatung fungiert als Lotse im Pflegesystem. Geschätzt wurde bei 1.650 Personen eine Heimunterbringung verhindert. Ein zusätzliches Hilfemanagement unabhängig von einer Pflegestufe für Hilfebedürftige, die noch nicht von anderen Diensten betreut werden oder bei denen noch Versorgungslücken bestehen, wird von AWO, Caritas und Diakonie kreisweit angeboten, finanziert durch den Kreis und in besonders enger Zusammenarbeit mit den o.a. Diensten. Zielgruppe des Angebotes sind Hilfebedürftige, die noch nicht von anderen Diensten betreut werden oder bei denen noch Versorgungslücken bestehen, sowie Behinderte, Pflegebedürftige, demenziell/gerontopsychiatrisch und somatisch Kranke sowie generell (alleinlebende) hilfebedürftige ältere Menschen und jeweils ihre Angehörigen und weitere Interessierte, ebenso Fachleute und Multiplikatoren. Von Oktober 2002 bis 2006 gab es 1.667 Hilfemanagements mit Stärkung der Familien- und ehrenamtlichen Hilfe. Mindestens 237 konkret anstehende Heimunterbringungen wurden verhindert.

Kontakt

Kreis Unna – Fachbereich Arbeit und Soziales / Sozialplanung
 Herr Hans Zakel / Geschäftsstelle Kreispflegekonferenz
 Friedrich-Ebert-Straße 32 / 59425 Unna
 Fon 02303 27-2250 / Fax 02303 27-3550
 hans.zakel@kreis-unna.de / www.kreis-unna.de



Fazit: Keine Patentrezepte für den ländlichen Raum

Die vorgestellten Beispiele zeigen, dass eine innovative Seniorenberatung im ländlichen Raum von sehr verschiedenen Akteuren angeregt und weiterentwickelt werden kann. Eine wesentliche Impulsgeberfunktion kommt auf die kommunale Seniorenpolitik, die Seniorenpolitik auf Landesebene sowie auch auf andere Träger, beispielsweise Stiftungen und Forschungseinrichtungen zu. Allerdings sind Patentrezepte angesichts der Heterogenität der Ausgangslagen in ländlichen Räumen nicht möglich.

Dreh- und Angelpunkt für die erfolgreiche Weiterentwicklung von Seniorenberatung in ländlichen Räumen sind:

- die Vernetzung vorhandener Angebote
- die Schließung von Bedarfslücken
- die Schaffung der Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter
- die Aktivierung auch ehrenamtlicher Potenziale
- die Etablierung wohnortnaher Koordinierungs- und Informationseinrichtungen

Die Anregung hierfür kann zwar von verschiedenen Ebenen kommen, aber den Kommunen selbst fällt hier eine Schlüsselrolle zu. Auch die thematischen Zugänge (z.B. Gesundheit, Ruhestand oder Wohnraumberatung) können sehr unterschiedlich ausfallen, aber zu sehr ähnlichen Lösungen vor Ort führen. Nur über eine nachhaltige Verankerung von diesen Themenstellungen auf der sozialpolitischen Agenda und der Klärung von Zuständigkeiten und Ansprechpartnern sind langfristig gute Erfolge zu erzielen und die kommunalen Haushalte von bestimmten Ausgaben für Über-, Fehl- und Unterversorgung älterer Menschen zu entlasten.

Viele Kommunen schöpfen bislang trotz vielfältiger, doch zumeist unkoordinierter Aktivitäten ihre Handlungsspielräume und Potenziale bei weitem nicht aus. Gerade weil der demografische Wandel sich nicht in allen Kommunen gleichermaßen vollzieht, sondern die Altersverteilung und Sozialstruktur in ländlichen Räumen sehr unterschiedlich aussehen kann, muss jede Kommune für sich überprüfen, welche Zielgruppen bislang erreicht wurden und welche nicht. Bei Kommunen mit einem hohen Anteil an älteren Menschen kommt es nicht nur auf die Optimierung von Gesundheitsdiensten, Pflegeangeboten und Wohnraumversorgung, sondern auch auf den Aufbau von effektiven Präventionsmaßnahmen an, unter anderem um langfristig auch bestimmte kommunale Dienste entlasten zu können.

Von Thomas Altgeld

Geschäftsführer der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V.





Informationsmanagement und Neue Medien

Forum 4

Die Möglichkeiten des Einsatzes Neuer Medien in der Seniorenberatung standen im Mittelpunkt der Diskussion in Arbeitsforum 4, das von Daniel Hoffmann vom Kuratorium Deutsche Altershilfe moderiert wurde.

Sind derlei Zugangsformen für ältere Menschen überhaupt geeignet und wie wird sich dies in Zukunft verändern? Welche Kooperations- und Finanzierungsformen sind für die Umsetzung denkbar und nötig? Und bietet der Einsatz von Neuen Medien eventuell besondere Vorteile für den ländlichen Raum?

Wertvolle Anregungen bekamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die Vorstellung zweier erprobter Konzepte: Das Forum Seniorenarbeit NRW, ein Projekt des Kuratoriums Deutsche Altershilfe in Kooperation mit dem Diakonischen Werk Rheinland, das Unterstützung bei der Modernisierung, Professionalisierung und Vernetzung in der Seniorenarbeit in Nordrhein-Westfalen durch Information, Beratung und internetgestützte Workshops bietet. Außerdem das Netzwerk SINN der Stadt Ahlen, das auf die grundlegende Beteiligung und Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren an der Entwicklung und Umsetzung von Projekten und Initiativen setzt und bei dem die Internetplattform www.senioren-ahlen.de eine zentrale Rolle übernimmt.



Praxisbeispiel:

Kollegiale Beratung in Gruppen – ein Angebot des Forum Seniorenarbeit NRW

Das Forum Seniorenarbeit NRW unterstützt die Modernisierung, Professionalisierung und Vernetzung in der Seniorenarbeit in Nordrhein-Westfalen durch Information, Beratung und internetgestützte Workshops. Zielgruppe sind Haupt- und Ehrenamtliche aus der gemeinwesenorientierten Arbeit mit älteren Menschen. Das im Projekt erprobte Modell einer internetgestützten Beratung in Gruppen könnte aber ebenso für die Beratung anderer Zielgruppen interessant sein.

Die verschiedenen Angebote des Forum Seniorenarbeit sind eng miteinander verknüpft. Dazu gehören:

■ Die Informationsplattform

Seit 2003 erscheinen auf der Informationsplattform des Forum Seniorenarbeit NRW Konzepte und Praxisberichte zu allen Themen der gemeinwesenorientierten Arbeit mit älteren Menschen (www.forum-seniorenarbeit.de).

■ Die Lern- und Kommunikationsplattform

Um den Austausch zu Themen der Seniorenarbeit zu erleichtern und einen breiteren Wissenstransfer zu ermöglichen, baut das Forum Seniorenarbeit seit 2006 ergänzend eine internetbasierte Lern- und Kommunikationsplattform für Fortbildung, Vernetzung und kollegiale Beratung auf. Ein Schwerpunkt sind internetgestützte Seminare und Workshops. Dabei werden Präsenzveranstaltungen und Online-Phasen miteinander verknüpft. Hinzu kommen Gremien und Arbeitsgruppen, die Online-Räume auf der Kommunikationsplattform des Forum Seniorenarbeit nutzen und dabei von Projektmitarbeitern beraten und begleitet werden. Die Online-Räume dienen hier dem ergänzenden Austausch zwischen „realen“ Treffen in internen Foren, der gemeinsamen Weiterarbeit an Texten über ein Online-Autorensystem oder der Archivierung von Protokollen und anderen Unterlagen in einer gemeinsam genutzten Datenbank.

■ Einzelberatung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Forum Senio-

renarbeit NRW beraten Akteure aus der Seniorenarbeit. Viele Anfragen werden durch die Veröffentlichung von „Themenschwerpunkten“ auf der Informationsplattform ausgelöst.

■ Beratung in Gruppen

Zu jedem Themenschwerpunkt, der auf der Informationsplattform erscheint, bietet das Forum Seniorenarbeit seit 2006 einen internetgestützten Workshop an, in dem die auf der Website veröffentlichten Beiträge diskutiert und Konzepte gemeinsam weiter entwickelt werden können. An den Workshops beteiligen sich Haupt- und Ehrenamtliche aus der Seniorenarbeit. Viele Fragen, die von den Teilnehmenden „mitgebracht“ oder im Prozess entwickelt werden, werden im gemeinsamen Dialog bearbeitet. Die Mitarbeiter aus dem Forum Seniorenarbeit moderieren diesen Prozess, beteiligen sich an der kollegialen Beratung und ziehen bei Bedarf weitere Expertinnen und Experten zu Themen der gemeinwesenorientierten Arbeit mit älteren Menschen hinzu.

Hintergrund und Struktur

Das Forum Seniorenarbeit ist ein Projekt des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA) in Kooperation mit dem Diakonischen Werk Rheinland. Es wird unterstützt vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Projektmitarbeiter sind Daniel Hoffmann, Annette Scholl (KDA) und Christian Carls (Diakonisches Werk).

Internet: www.forum-seniorenarbeit.de

Kontakt

Diakonisches Werk Rheinland

Herr Christian Carls / Referent Internetprojekte
Lenastraße 41 / 40470 Düsseldorf
Fon 0211 63 98-284 / Fax 01805 039000 9301
christiancarls@sol-dw.de

Kuratorium Deutsche Altershilfe

An der Pauluskirche 3 / 50677 Köln
Herr Daniel Hoffmann
Fon 0221 931847-71 / daniel.hoffmann@kda.de
Frau Annette Scholl
Fon 0221 931847-72 / annette.scholl@kda.de



Praxisbeispiel:

Seniorenarbeit in Ahlen: Informationsmanagement im SINN-Netzwerk

Das Netzwerk SINN – Senioren In Neuen Netzwerken – steht für eine innovative Seniorenarbeit in der Stadt Ahlen, die auf eine grundlegende Beteiligung und Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren an der Entwicklung und Umsetzung von Projekten und Initiativen setzt. Für die Zusammenarbeit der über 60 Partnerinnen und Partner im SINN-Netzwerk ist ein guter Informationsfluss von zentraler Bedeutung.

Informationen für ältere Menschen in Ahlen werden gesammelt, aufbereitet, zur Verfügung gestellt und bei Bedarf persönlich vermittelt. Dazu werden verschiedene Medien eingesetzt. Die Internetplattform www.senioren-ahlen.de übernimmt neben den lokalen Zeitungen, Flyern u.a. eine zentrale Rolle. Die Website ruht in ihrer Struktur auf den drei Säulen Information, Kommunikation, Dienstleistung. Präsentiert werden allgemeine Informationen für die Seniorinnen und Senioren in Ahlen. Darüber hinaus werden auch Dienstleistungen dargeboten und vermittelt, insbesondere auch bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit.

Ein weiterer wichtiger Baustein der vernetzten Seniorenarbeit in Ahlen ist die SINN-Konferenz. Sie dient der Vorstellung von neuen Initiativen und Projektentwicklungen und gibt die Möglichkeit des persönlichen Austausches der Multiplikatoren und interessierter Bürgerinnen und Bürger untereinander.

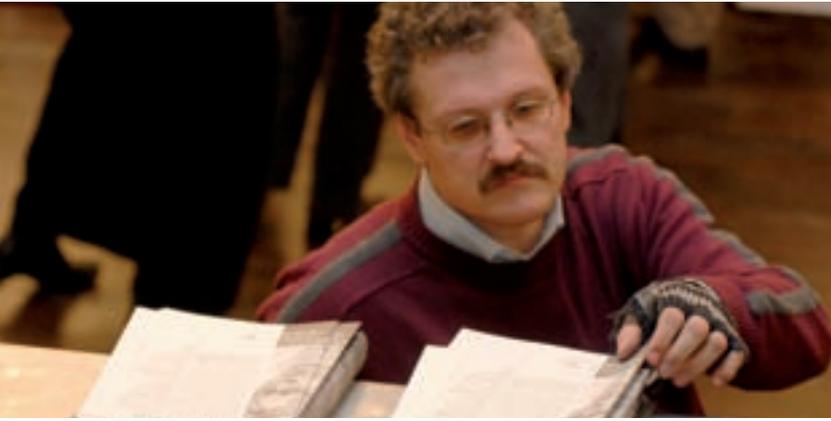
Neben dem Informationsfluss spielt bei der Netzwerkarbeit in Ahlen eine imagebildende Öffentlichkeitsarbeit eine wesentliche Rolle. Dabei sind die Botschaften stets klar und aufeinander bezogen, sie wiederholen sich in verschiedenen Zusammenhängen und erhalten damit einen hohen Wiedererkennungswert. Veröffentlichungen, in denen die Kommune und der Verein Alter und Soziales e.V. als Träger vieler Projekte in der Seniorenarbeit in Ahlen involviert sind, haben ein einheitliches Erscheinungsbild. Das SINN-Logo wird auch als „Gütesiegel“ verwendet und in Projektnamen findet der Begriff SINN oftmals Verwendung (z.B. SINN-aktiv-Gruppen oder „Wohnen mit SINN“).

Erfahrungen und Empfehlungen

- **Informationsmanagement hat eine elementare Bedeutung für die erfolgreiche Arbeit in einem Netzwerk.** In einer Kommune wirkt das gezielte Informationsmanagement der Seniorennetzwerke im Rahmen von Stadtmarketing als positiver Standortfaktor, es verdeutlicht die Vitalität und Kreativität des Gemeinwesens. Die Kommunen übernehmen als Koordinatoren der Seniorenarbeit in Abstimmung mit den Netzwerkpartner/innen die Aufgabe der Entwicklung eines Informationsmanagements und moderieren die Umsetzung dieser Querschnittsaufgabe.
- **Informationsmanagement führt zur Profilschärfung von Angeboten und Bewusstwerdungsprozessen.** Ein strategischer Einsatz von Informationen verändert das Altersbild und schafft ein Image des Aufbruchs, der Bedeutung und Stärke. Informationsmanagement ist ein Koordinations- und Beteiligungsinstrument, das angebots- und trägerübergreifende Gruppenidentität ermöglicht. Die Entwicklung von Kernbotschaften und einer identitätsstiftenden, vereinigenden Marke erfordert den offenen und zielgerichteten Dialog der Netzwerkpartner/innen. Zu Organisation und Moderation des Dialogs ist eine unterstützende Infrastruktur erforderlich.
- **Die Nutzung unterschiedlicher Medien auf der Grundlage eines abgestimmten (Marketing-)Konzepts erhöht die Wertschöpfung einzelner Aktivitäten und Initiativen.** Dabei gilt es, Partner für eine offene Kommunikationskultur zu gewinnen. Für die Überwindung von Konkurrenzängsten und zur Gewinnung der Einsicht in die Vorteile des Informationsmanagements und der Mitwirkung im Netzwerk bedarf es Zeit und Überzeugungskraft. Gemeinsame Qualifizierungen und Schulungen zur Arbeit mit Informationen und Medienkompetenz beschleunigen diesen Prozess.

Kontakt

Stadt Ahlen / Der Bürgermeister
Leitstelle Älter werden in Ahlen / Frau Ursula Woltering
Westenmauer 10 / 59227 Ahlen
Fon 02382 59-467 / Fax 02382 59-730
wolteringu@stadt.ahlen.de / www.senioren-ahlen.de



Fazit: Wer sucht, der findet?

Wer sucht, der findet – diese schlichte Spruchweisheit gehört zum Standardrepertoire älterer Generationen. Glauben auch viele Akteure der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit noch daran und war vielleicht das Forum über das Informationsmanagement und die Neuen Medien deshalb so klein? Genügt Suchbereitschaft alleine heute tatsächlich noch, um zu finden, wonach in der „Informationsgesellschaft“ alle ständig suchen – die richtigen Informationen? Soziologen und Kommunikationsforscher können es wissenschaftlich belegen, Beratungsprofis wissen es aus der Praxis: Die Informationen überfluten uns eher, als dass sie wirklich zum Ziel führen. Quer durch alle Generationen gelten die Menschen als überinformiert und unterorientiert.

Das Gen für Informationsverarbeitung

Auch heute werden die Kinder noch nicht mit einem Gen für Informationsverarbeitung geboren. Sie müssen die Fähigkeiten im Umgang mit Informationen erst erwerben, ebenso wie die älteren Menschen, die nicht mit Computer und Internet aufgewachsen sind. Auch fehlt es an breitem Basiswissen über den Umgang mit Informationen, wie es zum Beispiel durch die systematische Nutzung von Bibliotheken entwickelt werden kann. Beide Informationspools, Bibliotheken und Internet, verbergen ihre wertvollen Schätze auch wenn sie für alle Nutzer offen stehen. Während jedoch Bibliothekare ihre Informationen nach jahrhundertlang erprobten Regeln verwalten und sie den Suchenden zugänglich machen, bietet das Internet Information und Desinformation sozusagen in einem chaotischen globalen Gemischtwarenladen ohne Standards für gelingende Kommunikation an. Müssen wir heutzutage also erst suchen lernen bevor wir finden und was kann uns dabei helfen?

PDF-Dateien sind noch keine Informationen

An der Ware Information herrscht gerade im Internet kein Mangel. Bei Anbietern wie bei Suchenden mangelt es jedoch an Kenntnissen, wie sich Informationen verhalten, wie sie aufbereitet und wie sie aufgefunden werden können. So sind viele der im Internet bereitgestellten Informationen für ältere Menschen und ihre Angehörigen nicht unmittelbar nutzbar. „Ein Senioren-Wegweiser von

200 Seiten buntbedrucktem Papier als PDF-Datei ins Internet gestellt, ergibt noch keine brauchbare Information. Lesen ist nicht gleich lernen. Es kommt darauf an, was wir verstehen und anwenden können,“ stellt Daniel Hoffmann vom Kuratorium Deutsche Altershilfe als Moderator fest und eröffnet das Forum mit der zentralen Frage: Wie können die neuen Medien helfen, an bedarfsgerechte Informationen zu kommen?

Was soll's denn sein?

Da wäre zum Beispiel Herr Mustermann, weit über 80 Jahre alt. Er kommt mit dem selbstständigen Leben in den eigenen vier Wänden eigentlich ganz gut zurecht, aber im Alltag fällt ihm doch vieles zunehmend schwerer. Seine Tochter, sie wohnt weiter weg, macht sich so ihre Gedanken: Benötigt ihr Vater vielleicht mehr Unterstützung? Was genau könnte das sein? Und was möchte er überhaupt? Sie will sich im Internet informieren, was denn möglich wäre, so ganz allgemein... aber wo und wonach soll sie überhaupt suchen? Auch die beste Suchmaschine liefert Passendes nur nach Eingabe präziser Begriffe.

Oder wenden wir uns den Bedürfnissen von Frau Junge-Alder zu. Sie hat Lust darauf, Menschen kennen zu lernen und findet das Leben ohne eine neue spannende Aufgabe nur halb so schön. Aber sie weiß nicht so richtig, wo und wie sie anfangen soll.

Und dann wäre da noch eine kleine Gruppe engagierter Menschen, die in einem schon etwas in die Jahre gekommenen Begegnungszentrum ein Erzählcafé für Alt und Jung anbietet und sich wünscht, dass viele neue Besucher kommen und mehr Ehrenamtliche sich in der Begegnungsstätte engagieren. Drei unterschiedliche „Zielgruppen“ mit ihren zum Teil noch ganz unklaren Fragen und Bedürfnissen – können sie im Internet bedarfsgerechte Informationen und individuelle Beratung erlangen?

Aus der Praxis

Christian Carls und Ursula Woltering präsentieren in dem Forum zwei erprobte Konzepte und Beispiele für den Einsatz neuer Medien in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit und die Bedeutung von Informationsmanagement. Beide Beispiele werden bzw. wurden vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Inte-

gration des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Qualifizierungsoffensive gefördert.

www.forum-seniorenarbeit.de berät und schult Akteure der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit, Haupt- und Ehrenamtliche, zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten in den Anwendungsmöglichkeiten Neuer Medien. Die Themenschwerpunkte liefern dabei stets auch Anregungen für allgemeine Beratung. Das wäre eine gute Adresse für unsere Gruppe Ehrenamtlicher in der Begegnungsstätte. Auch Frau Junge-Alter kann hier Anregungen finden und sich zum Beispiel über das EFI-Programm und die Möglichkeit einer Weiterbildung zur Seniortrainerin informieren.

Sollten die oben genannten Rat- und Informationssuchenden aber in Ahlen wohnen, dann kommen sie an www.senioren-ahlen.de nicht vorbei, dem Internetportal, das eine Vielzahl örtlicher Angebote und Informationen für die unterschiedlichen Lebenslagen und Bedarfe älterer Menschen zugänglich macht. Getragen wird es von dem Netzwerk SINN und wirkt selbst aktiv an dem Ausbau dieses stadtweiten Netzwerks mit. „Wir sind kein kommerzielles Projekt sondern ein Bürgernetz“ unterstreicht Ursula Woltering, sie leitet die Leitstelle „Älter werden in Ahlen“. Solche Netzwerke brauchen ihre Entwicklungszeit, darüber sind sich die Forumsteilnehmer nach der Präsentation des „Ahlener Systems“ mit seiner engen Verzahnung von Haupt- und Ehrenamt im Klaren.

Ein Vertreter der Stadt Dortmund gibt in der Diskussion kurz Einblick in das nutzerfreundlich aufbereitete und wohnortnah gestaltete Informations- und Beratungssystem für ältere Menschen www.senioren.dortmund.de, ein wichtiges Beispiel einer Großstadt, das eine gründliche Auswertung verdient.

Kontakte und Begegnungen stiften

„Steht www.forum-seniorenarbeit.de auch meiner Wohnungsbaugesellschaft offen, wenn wir ein neues Konzept für altersgerechtes Wohnen vorstellen möchten?“ Die Teilnehmerin aus dem Forum ist erfreut, als Christian Carls ihre Frage mit einem klaren Ja beantwortet. Einen positiven Anreiz bietet das Forum Seniorenarbeit auch all jenen, denen anonyme Kommunikation im Internet

nicht genügt. Christian Carls ist davon überzeugt, dass Internet-Beiträge durch persönliche Treffen eine stärkere Relevanz erhalten, und dass durchaus auch ganzheitliche und emotionale Verbindungen zwischen den Nutzern eines Onlineraumes entstehen sollten. Dafür sind beispielsweise auch die Lernplattformen da, die Kontakte und Begegnung stiften und das methodische Rüstzeug dafür vermitteln können.

Ein kleines Forum mit einem großen Thema

1. Unverzichtbar und unterschätzt

Fähigkeiten des individuellen und professionellen Informationsmanagements sind in der Informationsgesellschaft zwar unverzichtbar, werden jedoch in der Praxis noch vielfach unterschätzt.

2. Zentraler Bestandteil des „Lernens für ein langes Leben“

Die Seniorenpolitik und die gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit sollten dieses Themenfeld als einen zentralen Bestandteil des erfolgreichen „Lernens für ein langes Leben“ wahrnehmen und fördern.

3. Gute Beispiele und Kommunikationsstandards entwickeln

Für den Einsatz Neuer Medien zur Information und Beratung sowie zur Netzwerkbildung in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit gibt es in den virtuellen Heimatregionen auf den Internetseiten von Kommunen, Verbänden und Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen bereits herausragende positive Beispiele. Über weite Strecken mangelt es jedoch noch an Kommunikationsstandards, die den Suchenden hilfreiche Wegweiser sein könnten.

4. Auf der Grundlage realistischer Altersbilder und kommunaler Leitbilder

Die im Forum 4 vorgestellten Praxisbeispiele folgen mit ihrem Informationsmanagement und ihren Angeboten bereits seit längerem den Zeichen der Zeit. Inhaltliche Grundlage beider Beispiele ist ein realistisches Bild vom Alter und in Ahlen ein tragfähiges gemeinsames Leitbild der kommunalen Akteure in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit.

Von Vera von Achenbach

Journalistin, Geschäftsführerin ProSE, Projektmanagement Seniorenpolitik, Dortmund





Beratung in der Pflege

Forum 5

In Forum 5 ging es um die Pflege-, Wohn- und Demenzberatung, um besondere Zielgruppen und Angebote sowie um Möglichkeiten sinnvoller Verknüpfungen und Netzwerke.

Hintergrund für die von Roland Borosch, Leiter des Referats Pflegepolitik im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen und Elke Zeller, (ehem.) Landesstelle Pflegende Angehörige, geleitete Diskussion, war die Reform der Pflegeversicherung, bei der es im Wesentlichen um die Sicherung einer nachhaltigen und gerechten Finanzierung sowie um Verbesserungen auf der Leistungsseite geht. In diesem Zusammenhang wird die Einrichtung von quartiersbezogenen Pflegestützpunkten unter Berücksichtigung vorhandener Strukturen empfohlen. Ziel ist es, wohnortnah die Angebote für Pflegebedürftige besser aufeinander abzustimmen und zu vernetzen sowie aus einer Hand anzubieten.

So wurde in Forum 5 u. a. die Frage diskutiert, welche Chance die Einrichtung von Pflegestützpunkten bietet und worin Entwicklungsbedarf besteht. Im Bereich Demenzerkrankung wurde besonderer Handlungsbedarf identifiziert.

Impulse aus der Praxis kamen von Theo Hengesbach, Kreuzviertel-Verein Dortmund / Wohnberatung, sowie von Klaus Besselmann, Landesinitiative Demenz-Service.

Praxisbeispiel:

Landesinitiative Demenz-Service

Erfahrungsaustausch und Vernetzung

Die Landesinitiative Demenz-Service Nordrhein-Westfalen ist im Jahre 2004 als gemeinsame Plattform entstanden, in deren Zentrum die Verbesserung der häuslichen Versorgung demenziell Erkrankter und die Unterstützung der sie pflegenden Angehörigen steht. Darüber hinaus sollen der Erfahrungsaustausch und die Vernetzung von Initiativen, Modellprojekten und Angeboten für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen in Nordrhein-Westfalen gefördert und ein Beitrag zur Enttabuisierung von Demenz in der Bevölkerung geleistet werden. Finanziert wird die Initiative vom Land Nordrhein-Westfalen, den Pflegekassen und der Stiftung Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen.

Zwei Bausteine der Landesinitiative:

1. Das Online Internetverzeichnis zu „Unterstützungsangeboten bei Demenz in Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft“

Menschen mit Demenz benötigen in der Regel eine Unterstützung und Begleitung rund um die Uhr. Dies ist für die Angehörigen und andere private Helferinnen und Helfer allein oft nur schwer zu leisten. Umso wichtiger ist es, entlastende Unterstützungsangebote von Initiativen, Einrichtungen und Diensten in der unmittelbaren räumlichen Umgebung einbeziehen zu können. Darüber hinaus können qualifizierte Beratungsangebote einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass Menschen mit Demenz solange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Das Online-Verzeichnis, welches von der Koordinierungsstelle zusammen mit den Demenz-Servicezentren in Nordrhein-Westfalen, einzelnen Kommunen und Kreisen sowie dem Versorgungsamt Düsseldorf erstellt wurde, kann dabei eine Hilfe sein:

www.demenz-service-nrw.de/content/avz

2. Ergebnisse einer Arbeitsgruppe „Beratung bei Demenz“

Rund 20 Mitarbeitende von Demenz-Modellprojekten trafen sich von September 2005 bis Ende 2006 regelmäßig zu einem Erfahrungsaustausch über die Notwendigkeiten und Arbeitsweisen von spezialisierten Demenz-Beratungsangeboten. Ein Ergebnispapier der Arbeitsgruppe kann unter [www.demenz-service-nrw.de/content/seite\(81\).html](http://www.demenz-service-nrw.de/content/seite(81).html) heruntergeladen werden.

Weitere Informationen zur Landesinitiative und Einzelinformationen zu den Modellprojekten finden sich im Internet unter www.demenz-service-nrw.de oder sind erhältlich bei der Koordinierungsstelle der Landesinitiative Demenz-Service NRW.

Kontakt

Koordinierungsstelle der Landesinitiative Demenz-Service NRW
im Kuratorium Deutsche Altershilfe / Herr Klaus Besselmann
An der Pauluskirche 3 / 50677 Köln
Fon 0221 931847-27 / Fax 0221 931847-6
info@demenz-service-nrw.de / www.demenz-service-nrw.de

Praxisbeispiel:**Wohnberatung für ältere, behinderte und pflegebedürftige Menschen****Wohnen im Alter**

Von ca. 16 Mio. über 65jährigen in Deutschland leben 93 % in einer eigenen Wohnung und je 2 bis 3 % in Wohnprojekten, im Betreuten Wohnen oder im Heim. Von 8 Millionen Wohnungen in Nordrhein-Westfalen sind nur 100.000 barrierefrei oder barrierearm. Wohnbedingungen und -bedürfnisse im Alter sind abhängig von Milieus, Biografie und Gesundheitszustand.

Wohnberatung und Wohnungsanpassung

Wohnberatung ist unabhängig; sie hilft den Beratenden, Situation, Ziele und Wege zu klären und eigene Entscheidungen zu treffen. Ziel ist die Sicherung oder Wiederherstellung der Selbstständigkeit und der häuslichen Versorgung durch Unfallvermeidung, sowie durch Erleichterung der Alltagsarbeit und der Pflege.

Beraten wird zur Wohnungsanpassung durch Hilfsmiteinsatz, Verbesserungen der Ausstattung sowie der Raumnutzung und bauliche Maßnahmen sowie zu Umzügen, Wohnungstausch, Betreutem Wohnen, Wohnprojekten und Finanzierungsfragen. Geleistet werden auch Informationsarbeit, Institutionenberatung und Kooperationsprojekte.

Von bundesweit 252 Wohnberatungsstellen sind 102 in Nordrhein-Westfalen (36 im Landesprojekt und 66 anders finanziert). Es gibt zwei Regionalstellen für Wohnprojekte und seit 1999 die LAG Wohnberatung NRW. Einen Nutzen haben die Ratsuchenden durch mehr Lebensqualität, die Pflegenden durch Erleichterung der häuslichen Pflege, das Pflegewesen durch Kostenreduzierung, das Gesundheitswesen durch Verhinderung von Unfällen und Behandlungskosten, die kommunale Alten- und Sozialpolitik durch Weiterentwicklung der Strukturen und Wohnungswirtschaft/Wohnungspolitik durch Bestandsentwicklung.

Maßnahmebeispiele sind Rampen und Handläufe, Türverbreiterungen, Beseitigung von Stolperfallen, Aufzüge und Treppenlifter, helle und blendfreie Beleuchtung, seniorengerechte Möbel, Haltegriffe, Badewannenlifter, bodengleiche Dusche, Rauchmelder und Hausnotruf.

Bei Demenz sind, in der Auseinandersetzung mit der Lebensgeschichte der Betroffenen, meistens die Erleichterung der räumlichen und zeitlichen Orientierung, die Schaffung von Bewegungsräumen, der Schutz vor Verletzungen, die Reduzierung von Ängsten und das Schaffen von Geborgenheit wichtig.

Gemeinwesenorientierung der Wohnberatung in Dortmund

Die Wohnberatung trägt bei zur Weiterentwicklung von Strukturen durch Kooperationen, Vermittlung und Vernetzung, Partizipation sowie Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie kooperiert mit Politik, Verwaltung, Seniorenbeirat, Wohnungswirtschaft, Wohlfahrtspflege, Pflegediensten, Kirchengemeinden, Selbsthilfegruppen und vielen anderen. Wohnberatung und das Wohnungsunternehmen DOGEWO21 arbeiten zusammen bei Informationsveranstaltungen für die Mieterinnen und Mieter, beim altersgerechten Umbau von 1.600 Wohnungen im Bestand und weiteren Dienstleistungs- und Gemeinschaftsangeboten.

Die Wohnberatung Dortmund kooperiert auch mit Sozialamt, Wohnungsamt, Wohlfahrtsverbänden und Wohnungswirtschaft bei der Reform der kommunalen Seniorenarbeit, im Altenhilfe- und Pflegeforum, beim Masterplan Wohnen, in Arbeitskreisen und in der Öffentlichkeitsarbeit.

Kontakt

LAG Wohnberatung NRW und Wohnberatung Dortmund
Kreuzviertel-Verein / Frau Petra Bank / Herr Theo Hengesbach
Kreuzstr. 61 / 44139 Dortmund
Fon 0231 124676 / Fax 0231 124676
kontakt@kreuzviertel-verein.de / www.kreuzviertel-verein.de



Fazit: Wegweiser und Verknüpfungen in der Pflegeberatung

Nachdem man den verschlungenen und verwinkelten Gängen der Westfallenhallen in Dortmund lange genug gefolgt war – die Beschilderung immer fest im Blick – fand man sich schließlich in Saal acht wieder, in dem sich in den darauf folgenden zwei Stunden rund 55 angemeldete Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit dem Thema „Beratung in der Pflege“ auseinandersetzen sollten. Sofort drängt sich die Assoziation auf, die verwirrenden Pfade der Westfallenhallen als Sinnbild für das Beratungsangebot zum Themenkomplex Pflege zu verwenden, denn der Beratungsbedarf ist groß und dementsprechende Beratungsangebote gibt es viele.

Die Angebote sind vielfältig – es fehlt jedoch die sinnvolle Verknüpfung

Es gibt Beratungsstellen für pflegende Angehörige, es gibt Wohnberatungen und es gibt Beratungsstellen für Demenzkranke und ihre Angehörigen, um hier nur einige Beispiele anzuführen. Das Problem liegt jedoch häufig darin, dass die Beratungsangebote nicht immer ihren Zielen entsprechend umgesetzt werden (können), denn nicht immer erreichen die Angebote auch diejenigen, die sie am nötigsten haben, und eine sinnvolle Verknüpfung und das Ineinandergreifen der unterschiedlichen Beratungsinstanzen bleibt mitunter aus.

Aus der Praxis

Den Auftakt zur Forumsdebatte machte Theo Hengesbach, der mit seiner Darstellung der Wohnberatung in Nordrhein-Westfalen Einblicke in ein gelungenes Beratungskonzept eröffnete. Mit mehr als 100 Angeboten hat Nordrhein-Westfalen mehr Wohnberatungsstellen als jedes andere Bundesland, weil die Landesregierung schon seit 1989 dieses Arbeitsgebiet fördert. Ältere, behinderte und pflegebedürftige Menschen werden kostenlos zu Hilfsmitteln, Ausstattungsverbesserungen, Umbauten und Finanzierungsfragen beraten; die häusliche Versorgung wird so gesichert.

In der Diskussion gab es Fragen nach der Finanzierung sowie nach den Anspruchsvoraussetzungen für seniorengerechte Umbaumaßnahmen. Herr Hengesbach klärte darüber auf, dass die Pflegekassen einen Zuschuss zu Umbaumaßnahmen geben können, wenn der oder die Betroffene einer Pflegestufe zugeordnet ist. Außerdem könne man beim nordrhein-westfälischen Bauministerium günstige Darlehensangebote für den barrierefreien Umbau bestehender Wohnungen oder Häuser in Anspruch nehmen.

Auf die Frage, ob einmal durchgeführte Baumaßnahmen wieder zurückgebaut werden müssten, antwortete Herr Hengesbach, dass solche Forderungen „Relikte aus der Steinzeit“ seien. Inzwischen hätte weitgehend ein Umdenken stattgefunden und man betrachte seniorengerechtes Bauen als Zukunftsinvestition. Dieser Bewusstseinswandel spiegle sich z.B. in der Konzeption „Wohnen in den besten Jahren“ der DOGEWO21 wider. Dazu gehört neben anderen Informations- und Kommunikationsangeboten, dass zehn Prozent des Wohnungsbestandes – das sind 1600 Wohnungen – barrierefrei und seniorengerecht umbaut werden.

Roland Borosch und Klaus Besselmann stellten die Landesinitiative Demenz-Service vor, die vom Land Nordrhein-Westfalen, den Pflegekassen und der Stiftung Wohlfahrtspflege getragen und finanziert wird. Ziel des Demenz-Services ist, die Versorgung Demenzkranker zu unterstützen und zu verbessern. Dazu sollen wissenschaftliche und praktische Erkenntnisse gleichermaßen herangezogen werden. Die Landesinitiative Demenz-Service bietet einerseits die direkte Beratung Betroffener und ihrer Angehörigen in Demenzservicezentren an, unterstützt daneben aber auch Einrichtungen für Demenzkranke in ihrer Gründungs- und Etablierungsphase. Zudem gewährleistet sie die Bereitstellung von sogenannten niedrigschwelligen Angeboten.

Pflegestützpunkte

Die sich anschließende Diskussion eröffnete eine Teilnehmerin mit der Aussage, dass hinsichtlich der Betreuung Demenzkranker zwar schon sehr viel auf den Weg gebracht worden sei, sie aber dennoch den Eindruck habe, dass die Maßnahmen noch nicht ausreichen. In diesem Zusammenhang stellte sie die Frage, welche Auswirkungen denn von den Pflegestützpunkten zu erwarten seien, die die Bundesregierung derzeit plane. Herr Borosch vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales gab zu bedenken, dass das Ausmaß der Veränderungen noch nicht abzusehen sei, da sich die Bundesregierung diesbezüglich noch nicht umfassend geäußert habe. Geplant seien aber die Etablierung einer funktionierenden Beratungsinfrastruktur und die Einrichtung von 16 in Nordrhein-Westfalen angesiedelten Modellprojekten für eine Testphase von drei Jahren. Wünschenswert erschienen ihm derzeit kommunale Stützpunkte, die zum Teil von den Kassen finanziert würden.

Niedrigschwellige Angebote

Eine weitere Frage bezog sich auf die Gewährleistung niedrigschwelliger Angebote (nach SGB 11 §45b). Ein Teilnehmer interessierte sich dafür, ob die Inanspruchnahme der Angebote an das Pflegegeld gekoppelt sei und ob der dafür vorgesehene Geldbetrag auch bar ausgezahlt werden könne. Da die niedrigschwelligen Angebote der Aufsicht, Anleitung und Begleitung dienen und Mitnahmeeffekte vermieden werden sollen, so Herr Borosch, sei eine Barauszahlung des Betrages nicht vorgesehen. Der Betreuungsbetrag nach § 45b SGB XI kann zweckgerichtet u.a. für entweder nach Landesrecht von der Bezirksregierung Düsseldorf oder unmittelbar von den Pflegekassen anerkannte niedrigschwellige Betreuungsangebote eingesetzt werden. Er ist nicht als Aufstockung des Pflegegeldes gedacht; vielmehr stellt in der Regel der Träger des Betreuungsangebotes dem Versicherten eine Rechnung aus, die dann von der Pflegekasse bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen, z.B. der Anerkennung des Angebotes, erstattet wird. In diesem Kontext wies Herr Borosch darauf hin, dass im Rahmen der derzeitigen Novelle des SGB XI auf Bundesebene eine Anhebung der zusätzlichen Betreuungsleistungen nach § 45b SGB XI von derzeit 460 auf bis zu 2400 Euro jährlich diskutiert wird. Das weitere Verfahren bleibt abzuwarten.

Handlungsfelder

Als ein großes Problem thematisierten mehrere Forumsteilnehmer die Diagnosestellung der Demenzerkrankung durch die niedergelassenen und die im Krankenhaus tätigen Ärzte. Die Diagnosestellung durch die niedergelassenen Ärzte erfolge häufig zu spät, zudem würde die Weiterleitung der Patienten zu den Beratungsangeboten erheblich vernachlässigt werden. Die Ärzte dürften nicht vergessen, dass Beratungsangebote vorhanden seien, die sie ihren Patienten empfehlen können. Der Beratungsbedarf der Betroffenen und ihrer Angehörigen sei nämlich so groß, dass die Ärzte die Bedürfnisse alleine gar nicht befriedigen könnten.

Im stationären Sektor hingegen erfolge die Diagnosestellung Demenz häufig unüberlegt und berücksichtige nicht die Ausnahmesituation, die ein Krankenhausaufenthalt für alte Menschen mitunter darstellen kann. Meist verschwänden die Symptome, die während eines Krankenhausaufenthaltes die Fehldiagnose einer demenziellen Erkrankung herbeigeführt hätten, in der gewohnten Umgebung wieder und die Diagnose sei nicht mehr gerechtfertigt. Die einmal gestellte Diagnose hafte jedoch an einer Person wie ein Stigma und man könne sie kaum wieder aus der Welt schaffen. Aus diesem Grund sei es dringend nötig, die Ärzte auf Fortbildungsveranstaltungen diesbezüglich zu sensibilisieren und erforderliche Qualitätskriterien für eine valide Diagnosestellung zu ermitteln.

Gesundheitswesen und Beratung vernetzen

Die Teilnehmer waren sich nahezu einig darüber, dass die Schnittstelle des Gesundheitswesens zu den Beratungsangeboten das zentrale Problem darstellt. Es wäre sehr wünschenswert, darüber herrschte allgemeiner Konsens, durch die Verknüpfung und bessere Vernetzung dieser beiden Ebenen zu einer Verbesserung der Bedingungen für Demenzkranke und ihrer Angehörigen beitragen zu können.

Von Susanne Rathsmann

Ausgebildete Krankenschwester, Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen. Diplomarbeit zur Gesundheitsreform in Deutschland.

Weitere Praxisbeispiele:

Gemeinsam aktiv für das Alter, Düsseldorf

Die zentren plus sind Teil des Projekts „Düsseldorf – gemeinsam aktiv für das Alter“, das zum Ziel hat, Eigeninitiative, selbstbestimmte Lebensführung und soziale Netzwerke zu stärken. In jedem Stadtbezirk vertreten und in Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände, bieten die zentren plus Beratung, Begegnung und mehr für Ältere und Junggebliebene. Neben der individuellen und persönlichen Beratung zu allen Fragen rund um das Leben im Alter gibt es Freizeit-, Gesundheits-, Kultur- und Bildungsangebote, sowie spezielle Angebote für Migranten, pflegende Angehörige oder Demenzerkrankte.

Kontakt

Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für soziale Sicherung und Integration / Herr Günter Dölling / Willi-Becker-Allee 8 / 40200 Düsseldorf / Fon 0211 89-93579 / Fax 0211 89-33579 / guenter.doelling@stadt.duesseldorf.de

Drehscheibe – Rund ums Alter, Leverkusen

Die Begegnungsstätte „Am Aquila Park“ – in der Trägerschaft der Evangelischen Senioreneinrichtungen der Diakonie im Kirchenkreis Leverkusen gGmbH – ist Treffpunkt für Senioren der näheren und weiteren Umgebung. Während der täglichen Öffnungszeiten werden vielseitige Aktivitäten für Alt und Jung zu Themen wie Kultur und Kunst, Kreatives Gestalten, Ernährungsberatung und Geselligkeit angeboten. Ziele der Begegnungsstättenarbeit sind die Förderung sozialer Netzwerke und die Informationsvermittlung. Mit der „Drehscheibe“ wird ein Netzwerk gestärkt, in dem Seniorinnen und Senioren, Ehrenamtliche und professionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam den Alltag bewältigen und die Lebensqualität der älteren Menschen sichern.

Kontakt

Frau Gabriele Winkel, Leiterin der Begegnungsstätte und Projektentwicklung / Robert-Blum-Straße 15 / 51373 Leverkusen / Fon 0214 69294 / g.winkel@evalev.de

NAIS – Neues Altern in der Stadt, Hamm

Mit dem Projekt NAIS soll den Herausforderungen des demografischen Wandels begegnet und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Hamm langfristig gesichert werden. Im Vordergrund stehen dabei die Ausrichtung an Lebenslagen, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Ausbau neuer gemeinwesenorientierter Versorgungsansätze durch neue Kooperationsstrukturen. Für die Abschlussphase im Jahr 2008 ist ein Praxishandbuch geplant, das die Projektphasen, entwickelten Konzepte und umgesetzten Projekte dokumentieren wird und so anderen Kommunen als Handwerkszeug zur Alterssozialplanung dienen kann. Initiatorin und Begleiterin des Projekts ist die Bertelsmann Stiftung.

Kontakt

Stadt Hamm, Sozialamt – Sozialplanung / Frau Barbara Kinne / Amtsstr. 19 / 59073 Hamm / Fon 02381 17-6630 / Fax 02381 17-2954 / kinne@stadt.hamm.de

Pflegeberatung der Verbraucherzentrale NRW für den Kreis Unna

Das von der Verbraucherzentrale NRW entwickelte Beratungskonzept umfasst die Arbeitsschwerpunkte „Information und Beratung“, „Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen“, sowie „Interessenvertretung für Verbraucher und Kooperation mit den lokalen Akteuren“. Die Beratung findet an den Standorten Lünen und Kamen statt, sowie in den übrigen acht kreisangehörigen Kommunen in Form von bürgernahen Außensprechstunden. Außerdem kann eine telefonische Beratung unter einer kreisweit einheitlichen Servicrufnummer in Anspruch genommen werden.

Kontakt

Verbraucherzentrale NRW / Beratungsstelle Kamen / Frau Andrea Schulte / Kirchstraße 7 / 59174 Kamen / Fon 02307 9107669 / Fax 02307 923515 / kamen.pflege@vz-nrw.de

ZWAR – Zwischen Arbeit und Ruhestand

Die ZWAR Zentralstelle NRW berät Kommunen, (Wohlfahrts-)Verbände, Träger und Einrichtungen bei der Gestaltung einer zukunftsorientierten sozialen Arbeit mit Älteren. Schwerpunkte sind die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und die Initiierung und Verstärkung von nachhaltigen sozialen Netzwerken älterer Menschen. Finanziert wird die Arbeit durch das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Träger der ZWAR Zentralstelle NRW ist der ZWAR e.V.

Kontakt

ZWAR Zentralstelle NRW / Herr Wolfgang Nötzold / Steinhammerstr. 3 / 44379 Dortmund / Fon 0231 961317-0 / Fax 0231 6185172 / info@zwar.org / www.zwar.org

Rahmenkonzept „Nachhaltige Seniorenarbeit“, Heiligenhaus

Die ZWAR – Zwischen Arbeit und Ruhestand – Zentralstelle NRW hat zusammen mit in der Seniorenarbeit tätigen Akteuren in Heiligenhaus (Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk, Gleichstellungsbeauftragte, Sozialamt, Sozialausschuss, Volkshochschule) Schwerpunkte nachhaltiger Seniorenpolitik entwickelt. Folgende Leitziele wurden dabei formuliert: 1. Förderung der selbstständigen Lebensführung bis ins hohe Alter, 2. Förderung des Engagements in sozialen Netzen, und 3. Unverzichtbares Engagement und Mit-Verantwortung von Bürgerinnen und Bürgern für die Kommune.

Kontakt

Stadt Heiligenhaus, III.5 - FB Jugend und Soziales / Frau Beate Schiffer / Postfach 10 05 53 / 42570 Heiligenhaus / Fon 02056 13-273 / Fax 02056 13-411 / b.schiffer@heiligenhaus.de / www.heiligenhaus.de

Alt und Jung – Koordinierungsstelle Ehrenamt, Schwelm

Die Koordinierungsstelle Ehrenamt bringt junge und alte Menschen zusammen. Menschen, die sich freiwillig im Bereich Alten-, Kranken- und Behindertenhilfe engagieren möchten, werden begleitet, informiert und vermittelt. Zielgruppe für ein freiwilliges Engagement sind vorrangig Jugendliche, die Menschen im Rahmen von Nachbarschaftshilfe unterstützen. Die Jugendlichen erhalten dadurch die Chance, in Berufsfelder hinein zu schnuppern, soziale Kompetenzen zu erwerben und sie können ihr Engagement als Qualifikation nachweisen. Träger ist der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband.

Kontakt

Freie Alten- und Nachbarschaftshilfe (FAN) e.V. / Frau Pia Grebe / Schützenstr. 1 / 58332 Schwelm / Fon 02336 879408 / Fax 02336 990916 / altundjung@fan-en.de / www.fan-en.de

Trägerverein aktiv55plus, Radevormwald

Der Trägerverein „aktiv55plus“ wurde im Jahr 2004 vor dem Hintergrund gegründet, aktive und selbstständige Lebensführung älterer Menschen zu fördern und damit deren Lebensqualität zu verbessern. Im Vordergrund steht die dauerhafte Beteiligung älterer Menschen an sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Prozessen. Zentrale Methoden sind dabei aktivierende Hausbesuche, individuelle Beratungen sowie Vernetzungen auf bürgerschaftlicher und kommunaler Ebene. Seit Juli 2005 übernimmt der Verein die trägerunabhängige aktivierende Pflegeberatung und die Altenberatung der Stadt Radevormwald.

Kontakt

Trägerverein aktiv55plus e.V. / Frau Dorothea Keup / Grabenstr. 28 / 42477 Radevormwald / Fon 02195 9277353 / Fax 02195 9277363 / aktiv55plus@t-online.de / www.aktiv55plus.de

B.E.L.L.A – Bürgerschaftliches Engagement für Lebensqualität und Lebensfreude im Alter, Herford

Der von der AWO Herford aufgebaute Seniorenbesuchsdienst B.E.L.L.A. arbeitet im ambulanten Bereich und will mit Hilfe von freiwillig engagierten Menschen mehr Freude ins Leben alter Menschen bringen. Ältere Menschen, die ans Haus bzw. an die Wohnung gebunden sind und nicht mehr von sich aus Beziehungen aufbauen oder pflegen können, werden von ehrenamtlichen Frauen und Männern regelmäßig besucht. Aufgaben der freiwillig Engagierten sind z.B. gemeinsame Gespräche und Spaziergänge, Veranstaltungsbesuche oder kleinere Dienstleistungen, wie Einkaufen und Kochen.

Kontakt

AWO Kreisverband Herford e.V. / AWO-Stadtteilbegegnungszentrum / Kastanienallee / Frau Elke Eisenburger / Kastanienallee 29 / 32049 Herford / Fon 05221 82051 / bella@awo-herford.de

AWO Forum am Reichowplatz – Treffpunkt für Aktivitäten und Austausch, Bielefeld

Das AWO Forum am Reichowplatz in Bielefeld Sennestadt existiert seit August 2006. Zu den Schwerpunkten der Arbeit gehören u.a. die Schaffung von Räumen zur Begegnung von Alt und Jung, die Schaffung eines niederschweligen Beratungsangebotes, die Angehörigenarbeit sowie Kooperation und Vernetzung. Die gesamte Einrichtung ist inzwischen fest im Stadtteil angenommen und wird gut frequentiert. Eine Zusammenarbeit mit anderen Institutionen erfolgt regelmäßig auf der Ebene von Veranstaltungen. In Planung ist eine Betreuungsgruppe für Demenzerkrankte und ein Netzwerk, das vor allem die Gruppe der sogenannten „Jungen Alten“ ansprechen soll.

Kontakt

AWO Kreisverband Bielefeld e.V. / Frau Verena Kozian / Reichowplatz 11 / 32689 Bielefeld / Fon 05205 236271 / forum.sennestadt@awo-bielefeld.de



Anforderungen und Rahmenbedingungen Ergebnisse der Abschlussdiskussion

Gabriele Winter

Unterausschuss Seniorenarbeit und Seniorenpolitik der
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien
Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen

Eine differenzierte Sichtweise auf die unterschiedlichen Lebenslagen der älteren Menschen, deren Umfeld und Angehörige bedarf zunächst des Zuhörens und der Wahrnehmung. Ältere Menschen, die sich engagieren wollen, Menschen mit psychischen Problemen, ältere Menschen mit Zuwanderungshintergrund – sie alle leben in einem Gemeinwesen und fordern unterschiedliche Informationen und Angebote.

Spezialisierungen sind notwendig, müssen sich aber in eine nutzer/innen-freundliche Vernetzung der verschiedenen Angebote einfügen. Gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit heißt: Hineingehen ins Quartier, die verschiedenen Interessen aufnehmen und da, wo Lücken sind, neue Angebote initiieren.

Kommunen, aber auch die anderen Akteure müssen stärker wahrnehmen, dass es nicht allein um Pflege geht, sondern um vielfältige Lebenslagen und Interessen älterer Menschen. Angebote müssen „passgenau“ sein, d.h. auf die individuelle Situation zugeschnitten. Dies bedarf in vielen Fällen eines Abstimmungsprozesses, der professionell eingeleitet und professionell begleitet werden muss.

Beratungsstellen müssen eine solide Finanzierungsbasis haben. Es bedarf aber auch der Qualifizierung vorhandener Strukturen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich neuen Arbeitsweisen stellen müssen. Über Vernetzung können Synergien hergestellt werden, ohne neue Stellen einrichten zu müssen.

Gaby Schnell

Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen

Seniorenvertretungen sind eine Art „Lobby“ der Älteren vor Ort. Sie führen keine konkreten Beratungen durch. Jedoch weisen sie in der Kommune auf wichtige Bedarfe hin und bringen sich in der Zusammenarbeit mit den Anbietern der Seniorenarbeit ein. Über Qualifizierungen und Erfahrungsaustausch wird das Wissen um diese Herausforderungen und Konzepte weiter getragen. Die Seniorenvertretungen fordern ältere Menschen auf, sich in das Gemeinwesen einzubringen, ebenso, wie die Politik und Verwaltung gefordert ist, die Interessen und den Gestaltungswillen der Älteren stärker aufzunehmen.

Stefan Ernst

Stadt Duisburg, Amt für Soziales und Wohnen

In Duisburg wurden gute Erfahrungen mit der Vernetzung der verschiedenen Träger und Angebote gemacht. Über die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes wurden zwar auch Einrichtungen geschlossen, aber das freigesetzte Geld wurde dann für die Weiterentwicklung von wohnortnahen Zentren eingesetzt, die auch die qualifizierte Beratung der verschiedenen Gruppen beinhaltet und in denen die verschiedenen Träger zusammen arbeiten.



Ernst Giesen

Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen

Kooperation ist das Stichwort für eine sinnvolle Gestaltung der Lebensumwelt älterer Menschen im Gemeinwesen oder im Quartier. Wohnortnahe Beratung und Hilfen sind notwendig, darüber besteht Konsens.

Ein wesentliches Problem bei der Umsetzung der Kooperation besteht aber in den unterschiedlichen Zuständigkeiten von Kreis und kreisangehörigen Gemeinden und Städten. Während der Kreis für die Pflegeberatung allein zuständig ist, hat die kreisangehörige Kommune die Daseinsvorsorge als Pflichtaufgabe. Hierunter fallen alle Aufgaben einer qualifizierten Seniorenarbeit und auch die Seniorenberatung. Für die Lösung dieses „Dilemmas“ werden zwei Modelle in Nordrhein-Westfalen angeführt: Im Kreis Siegen-Wittgenstein soll über die Einrichtung von Gemeindeservicestellen eine Grundberatung in den kreisangehörigen Gemeinden angeboten werden, bei weiterführenden Hilfen wird der Kreis angesprochen. Im Kreis Wesel hingegen wollen die großen kreisangehörigen Städte die Pflegeberatung gemeinsam mit dem Kreis gestalten. Zur Zeit besteht das Bemühen um die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für dieses Vorgehen. Bei einer engeren Verzahnung zwischen Kreisen und Gemeinden könnte dies auch Auswirkungen auf eine verbesserte Kooperation zwischen Seniorenberatung und Pflegeberatung haben. Die fehlenden gesetzlichen Grundlagen für die Ausgestaltung der Seniorenberatung bieten auch Chancen einer effektiven Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung, Freier Wohlfahrtspflege, weiteren Anbietern, bürgerschaftlichem Engagement, älteren Menschen und Seniorenvertretungen.

Entscheidend ist die integrierte Steuerung in den Kommunen, die sich auch in der Verwaltung durch Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe zeigen muss.

Peter Fettweis

Leiter des Referats Seniorenpolitik im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen besteht eine Vielfalt an Beratungsansätzen und -strukturen in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit. Gleichzeitig gibt es in den einzelnen Kommunen ein breites Angebot für ältere Menschen, dass nicht immer diejenigen, die es wollen, erreicht. An dem Beispiel der Stadt Duisburg zeigt sich ganz deutlich, dass es trotz finanzieller Engpässe durchaus Handlungsspielräume in der Kommune gibt, ihre Seniorenarbeit qualitativ weiter zu entwickeln. Das Generationenministerium wird auch weiterhin beispielhafte Ansätze, wie sie auf der Tagung vorgestellt wurden, in andere Kommunen transferieren. Nach der gemeinsamen Auswertung der Ergebnisse der Tagung soll mit den handelnden Partnern auf Landesebene ein Konzept für die Weiterentwicklung der Seniorenberatung und Alltagshilfen entworfen werden. Weiterhin finden zur Zeit Vorarbeiten für ein landesweites Seniorenportal statt, in dem sich alle relevanten Angebote der Seniorenarbeit von Kommunen wiederfinden lassen und damit zu einer verbesserten Übersicht und dem Auffinden von adäquaten Angeboten führen sollen.



Zusammenfassung und Ausblick

Von Jutta Stratmann, Projektmanagement Seniorenpolitik und Klaus Bremen, Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW

Auf der Tagung „Beratung und Hilfen in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit“ wurde eine Vielfalt von Ansätzen und Arbeitsweisen vorgestellt, die deutlich zeigen: Beratung ist kein „Anhängsel“ zu anderen Angeboten, kein „Luxus“, sondern „Hardware“ und Notwendigkeit, um älteren Menschen die Zugänglichkeit zu den für sie geeigneten Angeboten zu ermöglichen, zu den Angeboten, die sie brauchen und wollen.

In den folgenden vier Thesen wird versucht, die Ergebnisse der Tagung vorzustellen.

Erstens:

Unsere Altersbilder, die die Arbeitsweisen in der Beratung und im Gemeinwesen beeinflussen, müssen verändert werden und in die Methoden dieser Arbeit und die Qualifizierung der Mitarbeiter einfließen. Die Sicht auf die unterschiedlichen Lebenslagen der älteren Menschen, aber auch auf deren Potenziale zu Engagement und Selbsthilfe, müssen weiter geschärft werden. Ältere wollen sich in die Gestaltung ihrer Lebensumwelt einbringen und sie aktiv mitgestalten. Dieses Potenzial stellt eine sinnvolle Ergänzung hauptamtlich getragener Angebote dar. Solche neuen Arbeitsweisen und Zugänge, wie zum Beispiel die Nutzung des Internets als Informationsquelle und erfolgreiche Formen der Kooperationen von Haupt- und Ehrenamtlichen, wurden auf der Tagung vorgestellt und bedürfen einer weiteren Verbreitung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den verschiedenen Beratungsstellen brauchen zudem eine Weiterqualifizierung, um sich den verschiedenen Zielgruppen zu öffnen, partizipative Ansätze zu unterstützen und Vernetzung zu stärken.

Zweitens:

Um eine verbesserte Zugänglichkeit zu den verschiedenen Angeboten und Hilfen zu erreichen, ist eine besondere „Nähe“ zu den älteren Menschen notwendig. Dies drückt sich in der räumlichen Erreichbarkeit von Informations- und Anlaufstellen aus, in der Kompetenz von Beraterinnen und Beratern als auch in der Einbeziehung von sozialen



Netzwerken und bürgerschaftlichem Engagement. Insbesondere im ländlichen Raum, aber auch in anderen städtisch strukturierten Kommunen, stellt die oftmals fehlende Erreichbarkeit von wohnortnahen Anlaufstellen eine Barriere gegenüber einer qualifizierten Beratung und Vermittlung von Hilfen dar. Die Beispiele aus Rheinland-Pfalz zeigen, dass der alltagsbezogene Kontakt zwischen „Profi“ und Hilfesuchendem vor Ort eine sinnvolle Zugangsqualität herstellt.

Die Seniorenbüros in Dortmund stellen wiederum ein gelungenes Beispiel für den Aufbau wohnortnaher Informations- und Anlaufstellen dar, die verschiedene Elemente der gemeinwesenorientierten Beratung miteinander verknüpfen.

Die „Spezialisierung“ von Beratungsangeboten, um auf besondere Lebenslagen und Bedarfe reagieren zu können (z.B. Wohn- oder Pflegeberatung), müssen in das Gesamtnetz der örtlichen Beratung eingebunden sein. Beispiele stellen hierfür wiederum die Seniorenbüros in Dortmund, aber auch die Servicecenter in Duisburg dar.

Drittens:

Es müssen gesicherte Rahmenbedingungen gegeben sein, um die notwendige Struktur-Qualität der Beratung, z.B. die Erreichbarkeit der Angebote, gewährleisten zu können. Ein wesentliches Merkmal für diese Struktur-Qualität ist die Vernetzung und die Abstimmung der verschiedenen Angebote und Hilfen mit den vorhandenen Ressourcen der Betroffenen.

Förderlich für die Vernetzung von vorhandenen Ressourcen sind quartiersbezogene Ansätze. Das Wohnquartier⁴ und vergleichbare Projektangebote wie weiterentwickelte Service-Center setzen an den Wohn- und Lebenssituationen älterer Menschen und deren Umfeld an und bieten über die Vernetzung mit den vorhandenen Ressourcen und Angeboten neue Kooperationsmöglichkeiten und Abstimmungen.

Aber auch in den Gemeinden und Stadtbezirken, in denen keine Servicecenter oder wohnungsbezogenen Anlaufstellen vorhanden sind, müssen Vernetzungsstrukturen unterstützt werden, um Synergie-Effekte zu erreichen.

Die zur Zeit diskutierten Pflegestützpunkte sind ein Beispiel für die Notwendigkeit der Einbindung der verschiedenen Beratungselemente in ein abgestimmtes Netzwerk der bereits vorhandenen Angebote in den Kommunen. Die Vielfalt der vorhandenen Beratungsstellen müssen vor Ort sinnvoll miteinander verknüpft werden. Darüber sind sich alle Akteure einig. Dies setzt Kooperation und abgestimmte Konzepte voraus. Erfolgreiche Kooperationen können nur entstehen, wenn entsprechende Formen und Verbindlichkeiten bestehen. Hier sind Kommunen als Initiatoren und Moderatoren gefragt.

Viertens:

Um die Struktur-Qualität und Nachhaltigkeit zu erzielen, sind keine sporadischen Projektförderungen, sondern die Unterstützung und der Aufbau systematischer und qualifizierter Vernetzungsstrukturen und Beratungsstellen vor Ort und durch die Kommunen notwendig. Die Sicherung der Nachhaltigkeit und die Notwendigkeit des Aufbaus systematischer Strukturen und Anlaufstellen gestalten sich aufgrund der bestehenden Ressourcen der Kommunen allerdings als schwierig.

Zugleich ist festzustellen, dass vor Ort vorhandene Ressourcen nicht ausreichend genutzt werden. So stellt sich die Frage nach einer gesetzlichen Regelung für den sogenannten „vorpflegerischen Bereich“ entsprechend dem Pflegebereich. Auf der anderen Seite ergeben sich auch Chancen einer freien und innovativen Gestaltung vor Ort – ohne gesetzliche Vorgabe.

Der Ausblick:

Die Tagung hat den Blick geöffnet auf die verschiedenen Anlässe, um Information, Beratung, Vermittlung oder auch Begleitung in verschiedenen Lebenssituationen als älterer Mensch zu erhalten: Nun gilt es, die Vielfalt der Angebote sinnvoll zu systematisieren, vorhandene gute Ansätze, die vorgestellt wurden, zu verbreitern und Vernetzung sowie Qualifizierung vor Ort in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit weiter zu entwickeln.

Schließlich gilt es auch, Kommunen, die sich noch zurückhalten, zu vermitteln: Investitionen in Angebote für die ältere Generation sind Angebote in das Potenzial einer erfolgreichen Gestaltung des demografischen Wandels.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen und -werbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

M

G

F

F

I

**Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen**
Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf
Telefon 0211 86183213
info@mgffi.nrw.de
www.mgffi.nrw.de

